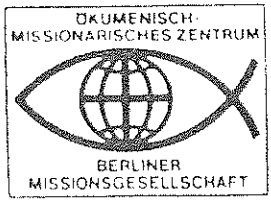


Muster

ASYL Begriffe aus dem Asylbereich***Evangelische Kirche Deutschlands zu ASYL*** im Bereich Asyl***Islam aus der Nähe***Ausländerbeauftragte in Berlin Brandenburg***SOS-Rassismus***Via Regia*****

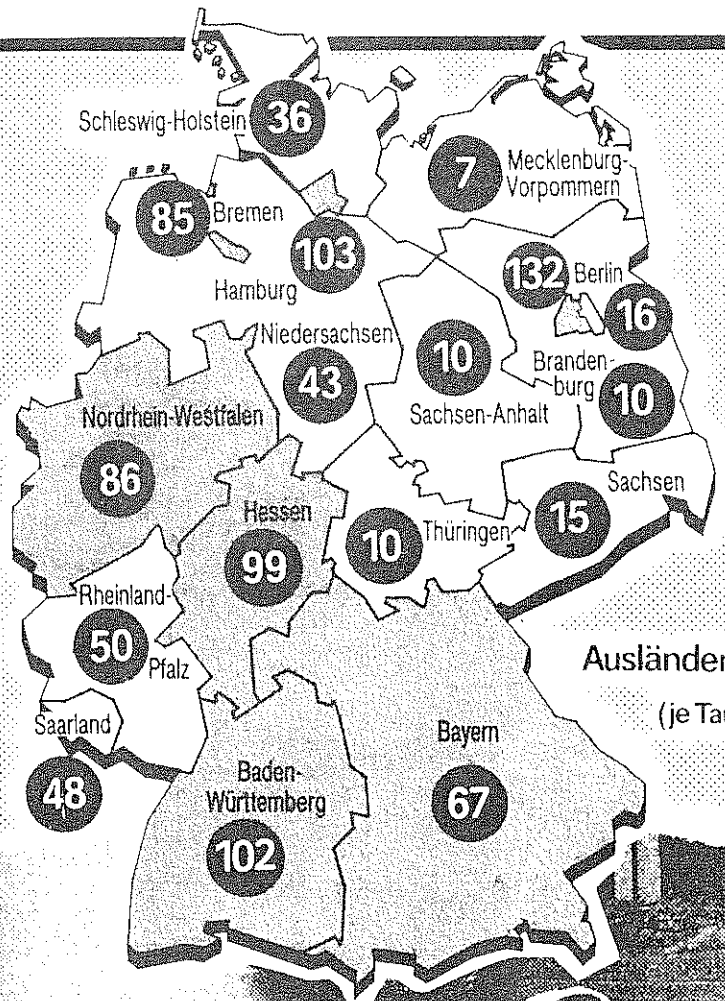
1991 **6**

NAH & FERN



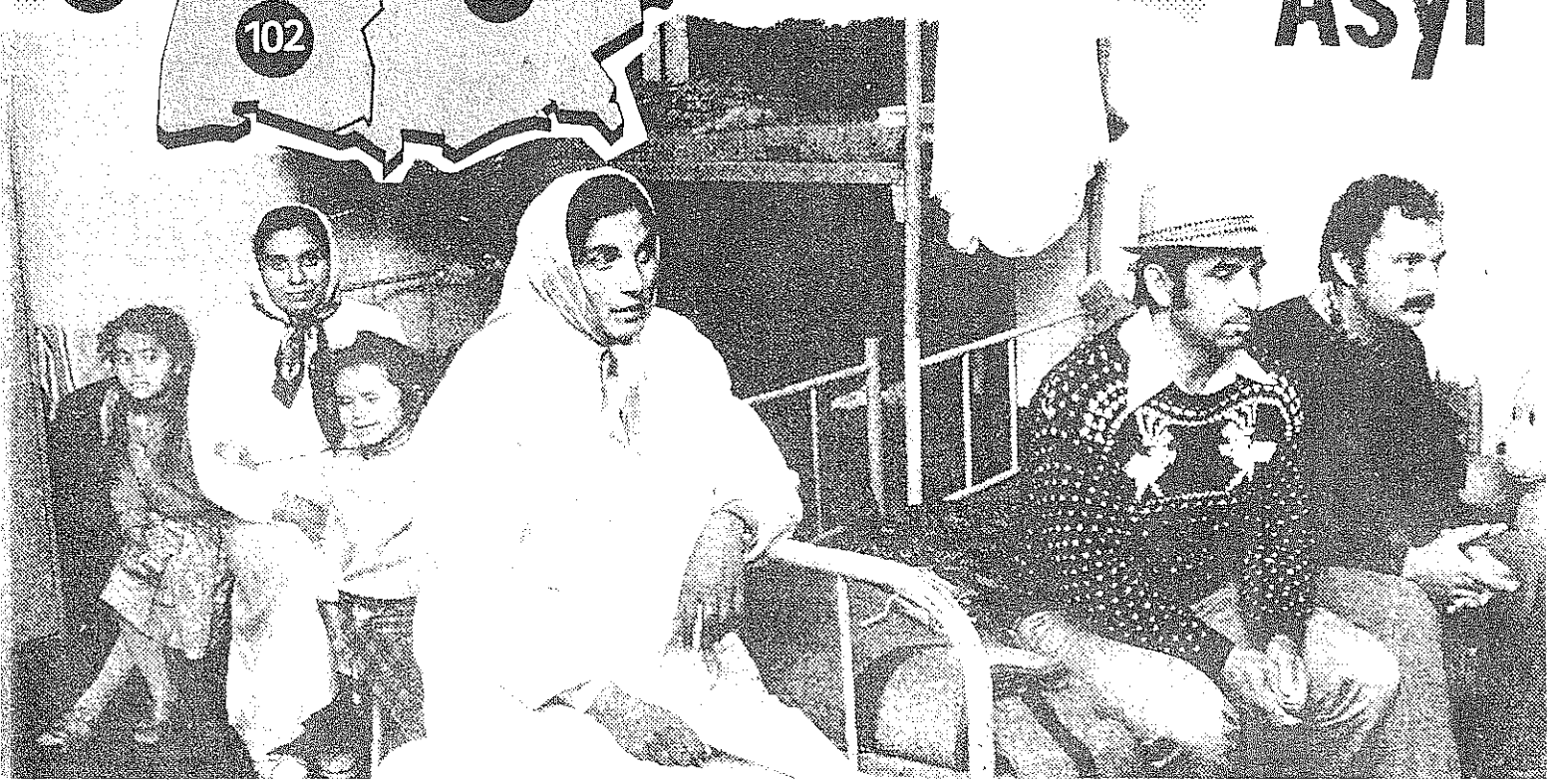
Ein Material- und Informationsdienst für ökumenische Ausländerarbeit

Georgenkirchstr.70
BERLIN / 10117
Tel.43 830



Ausländer in Deutschland
(je Tausend Einwohner)

Asyl



Vom Umgang mit Fremdheit und Fremden

Die Schwierigkeiten im Umgang mit Fremdheit und Fremden drücken sich auf vielfältige Weise und auf unterschiedlichen Ebenen aus. So spiegelt beispielsweise das Ausländerrecht den gesellschaftlichen Umgang mit Fremden wider. Die Neufassung des Ausländergesetzes ist Anlaß zu kritischer Auseinandersetzung. Wer den Werdegang des neuen Gesetzes verfolgt hat, weiß, wie konfliktreich der Weg zur multikulturellen Gesellschaft ist, bleibt das Ausländerrecht in der Bundesrepublik, auch in seiner neuen und verbesserten Fassung, letztlich doch ein "Fremdenabwehrrecht" (Heiner Geißler: Zugluft - Politik in stürmischer Zeit, München 1990, zitiert nach Der Spiegel 13/1990, S. 167). Denn "in der Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland sind und bleiben diese Ausländer Inländer ohne deutschen Paß" (S. 164).

Wie so oft, wenn es gesellschaftliche Probleme gibt, werden die Bildungsinstitutionen bemüht. Dies gilt auch mit Blick auf die Integration der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik. Pädagogen und Pädagoginnen selber haben hier wichtige Lernerfahrungen gemacht. So hat sich die ursprüngliche Ausländerpädagogik im Sinne von "Anpassungslernen" zur interkulturellen Erziehung und Bildung entwickelt. Interkulturelles Lernen ist "Identitätslernen" - dies allerdings nicht bloß für die Ausländerinnen und Ausländer, sondern auch für die Inländerinnen und Inländer. Umgang mit Fremden bedeutet in der Regel Konfrontation mit Fremdheit. Weshalb sollte diese Auseinandersetzung nur von den Inhaberinnen und Inhabern eines fremden Passes geleistet werden? Schule und Weiterbildung können zu einer konstruktiven Auseinandersetzung in Form gemeinsamen Lernens beitragen. Allerdings machen, wie die Erfahrungen zeigen, die gesellschaftlichen Probleme und Konflikte auch vor den Toren der Bildungseinrichtungen nicht halt. Interkulturelle Bildungsarbeit ist ein beschwerlicher Weg.

Der Umgang mit Fremden und Fremdheit ist, wie Erfahrungen und Untersuchungen zeigen, bei Männern und Frauen unterschiedlich. Auf diese Unterschiede hinzuweisen und sie aufzuzeigen, ist bisher im Zusammenhang der Diskussion um eine multikulturelle Gesellschaft kaum erfolgt. Das Befassen aber mit den unterschiedlichen Verhaltensweisen eröffnet ein Lernfeld hinsichtlich Formen friedlichen Zusammenlebens.

(aus: ...Utopie einer multikulturellen Gesellschaft und den Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung
Herausgeber: Landesinstitut für Schule und Weiterbildung)

Nah und Fern 6

I N H A L T



Einführung	S.2
Besinnung - Amil Gorges	S.3
DIALOGE	S.4
ASYL	S.7
Begriffe aus dem Asylbereich	S.8
PREDIGT "Wenn ein Fremdling bei Euch wohnt..."	S.15
Stellungnahmen gegen Ausländerfeindlichkeit (sächs.Synode...)	S.17/18
Wege zur Stabilität	S.19
EKD zu Asylsuchenden	S.20
"Innere Sicherheit"	S.22
Zwischen die Fronten treten	S.23
Arbeitskreis ASYL	S.24
Der Arm des Diktators	S.26
Islam - ganz aus der Nähe	S.28
NACHRICHTEN (CABANA, Protestbrief, Via Regia, SOS-Rassismus...)	S.29
TERMINE	S.34

"Nah & Fern" - herausgegeben vom Ökumenisch-Missionarischen Zentrum/ Berliner Missionsgesellschaft, Georgenkirchstraße 70, Berlin 1017 / Tel.43830 / V.i.S.d.P.:Christfried Berger
Redaktionskreis: Dagmar Henke, Christiane Weißenhagen, Christfried Berger (ÖMZ/BMG),
Lay-Out: Matthias Amme (ÖMZ/BMG) Druck: East-West-Aesthetics (Raabestraße, Berlin)
Spendenkonto für Herstellung u.Versand (3DM + 1DM = 4DM): 6681 39-107 BLZ 10010010 (Postgiroamt)

Liebe Freunde!

Nun sind sie da, die ersten Asylbewerber, die nach dem im Einigungsvertrag festgeschriebenen Prozentschlüssel aus den alten Bundesländern in die neuen Bundesländer "weitergereicht" wurden. Sie gehören nicht zum Kreis der Ausländer, der Vietnamesen und Mocambiquaner z.B., die ursprünglich und auf Einladung in die ehemalige DDR kamen. Es sind Menschen, die aus welchen Gründen auch immer in die alten Bundesländer einreisten und um Asyl nachsuchten. In Zukunft sind die neuen Länder für 20 % aller Asylbewerber zuständig. Wir halten das für gerecht und für gerechtfertigt: nachdem wir die Mauern los geworden sind, die unsere Bewegungsfreiheit nach außen beschnitt, sollten wir auch die "Mauern" öffnen für die Menschen, die nun zu uns kommen.

Aber nicht alle denken so. Eine lautstarke Minderheit versucht, die neuen Ausländer "rauszuprügeln". Gewalt greift um sich, z.B. vor dem Aufnahmeheim in Eisenhüttenstadt. Die z.T. sehr schnell eingerichteten Aufnahmeheime werden verstärkt zum Zielpunkt ausländerfeindlicher Aktivitäten. Dagegen hilft kein Klagen, sondern nur das Engagement vieler.

Aber beklagen müssen wir das Verfahren: unmittelbar nach der Wende hatten wir eine Bestandsaufnahme über die Fehler und Versäumnisse der Ausländerpolitik der damaligen DDR gemacht. In einem Memorandum des ÖMZ/BMG waren zahlreiche Maßnahmen gefordert worden, die auf eine breite Information und öffentliche Vorbereitung in den Kommunen zielten, die Ausländer aufnehmen sollten. In der mangelnden Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit fanden wir damals eine der Ursachen für die aus Unverständnis und Unwissenheit erwachsende Ausländerfeindlichkeit. Auch die AG "Ausländerfragen" des Zentralen Runden Tisches sprach sich in ihrem Abschlußtext für entsprechende Maßnahmen aus. Aber wie sich die Bilder gleichen: Die natürlich notwendigen zentralen Aufnahmeheime für Asylbewerber entstanden oft in sehr kurzer Frist, eine öffentliche Vorbereitung auf breiter Ebene erfolgte nicht, die dort eingesetzten Mitarbeiter wurden nicht intensiv für ihre neue Aufgabe geschult. Bonn erwies sich als gelehriger Schüler der DDR und beging ähnliche Fehler. Kein Wunder, daß - nun verstärkt durch soziale Unsicherheit in unserem Volk - die Ausländerfeindlichkeit eskalierte. Keiner der führenden bundesdeutschen Politiker war auf die naheliegende Idee gekommen, z.B. mit der damals noch im Amt befindlichen Ausländerbeauftragten der ehemaligen DDR einmal offen über sinnvolle Wege, notwendige Einzelmaßnahmen, realistische Zeitpläne zu diskutieren. Das Diktat eines Vertrages und das Eigeninteresse der alten Bundesländer waren wichtiger.

Den Fragen des Asylrechtes ist darum auch das Schwerpunktthema der sechsten Ausgabe von "Nah und Fern 6" gewidmet, besonders auf die kleine Liste mit Erläuterungen zu einschlägigen Betreffenden sei hier hingewiesen (vgl. Seite 8).

Mit den Asylbewerbern und der staatlichen Praxis ihrer Abschiebung nach erfolgter Ablehnung kommen auf unsere Kirchen neue Fragen zu: Über Weihnachten und Neujahr hatten zeitweise bis zu 200 Roma die Tübinger Stiftskirche besetzt, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Dies hat innerhalb und außerhalb der Kirche ein lebhaftes Echo ausgelöst und erneut die Frage nach dem mittelalterlichen Gebrauch der Asylfunktion eines Gotteshauses aufgeworfen. Gemeinden in den alten Bundesländern haben darin einige Erfahrung. Die Gründung eines Arbeitskreises "Asyl in der Kirche" (vgl. Meldung auf Seite 24) ist daher eine gute Nachricht.

Christfried Berger



Vangelis Pavlidis/Griechenland

Berlin - Ausländer in unserer Stadt Eine Besinnung

Ich möchte an dieser Stelle den Empfindungen vieler Mitbürger Ausdruck geben, die den Umgang der Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen in dieser Stadt miteinander nach Öffnung der Mauer mit Sorge beobachten.

Man kann in solch einem kurzen Beitrag nicht auf alle Aspekte des Problems eingehen - die verschärften Konkurrenzkämpfe um Arbeitsplätze, Wohnungen, Bildung und Wohlstand, die undifferenzierte Ablehnung aller von außen hinzustoßenden Konkurrenten bis hin zu tätlichen Übergriffen auf Ausländer.

Ich könnte über manches Gespräch berichten, in dem mein Gesprächspartner erst bekundete, wie offen er gegenüber einzelnen Menschen aus fremden Kulturen sei, dann jedoch auf die ständig wiederkehrenden ungerechten Urteile über die Türken, die Polen, die Araber, die Deutschen zurückfällt, was mich immer sehr schmerzt.

Das Zusammentreffen einer Fülle unterschiedlicher Lebensweisen auf engem Raum lehrt mich vielmehr, daß es die Polen, die Deutschen, die Roma, die Kurden, die Asiaten, die Afrikaner einfach nicht gibt, sondern daß die Menschen innerhalb eines Volkes so verschieden sind, daß in gewisser Weise alle Völker wiederum einander ähneln.

Stattdessen möchte ich über eine gemeinsame Erfahrung sprechen, die Deutsche wie Nichtdeutsche in dieser Stadt geprägt hat: das Gefühl bei der Grenzüberschreitung von oder nach Westberlin. Mag die Abwicklung der Kontrollen noch so reibungslos verlaufen sein, es konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß man der Willkür eines Regimes ausgeliefert war, das seiner Bevölkerung wesentliche Grundrechte vorenthielt. Die meisten von uns Berliner Bürgern - egal welcher Hautfarbe - waren sich einig darin, wie unmenschlich diese Grenze war, wir konnten immer direkt den Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur erleben. Viele von uns Menschen aus Ländern mit ähnlichen entmündigenden Verhältnissen wurden immer wieder daran erinnert, warum wir unsere Heimat verlassen haben und warum wir uns Westberlin verbunden fühlten.

Nach Öffnung der Mauer feierten wir alle, und mit uns viele Menschen aus der ganzen Welt, die von dieser Freude erfaßt wurden. Jedoch schon bald darauf kam ein Riß in diese Einmütigkeit, ein Riß zwischen Alteingesessenen und Neuberlinern.

Als Christ wurde ich erinnert an die Geschichte Jesu vom verlorenen Groschen: eine Frau sucht lange danach, und als sie ihn endlich findet, lädt sie alle Nachbarn ein, die Freude mit ihr zu teilen. Die Freude der ausländischen Nachbarn über die wiedergewonnene Einheit der Stadt kam auch ohne großartige Einladung; aber sie mußten bald enttäuscht feststellen, daß sie angesichts sich auftürmender neuer Probleme von vielen Deutschen nur noch als Störfaktor, als lästiges Nebenprodukt der offenen Grenzen empfunden wurden. Viele Deutsche betrachten es als ihr ureigenes Recht, das Verlorene wiederzubesitzen, und vergessen dabei, aus Dankbarkeit über Gottes gnädige Fügung das Gewonnene auch anderen zu gönnen.

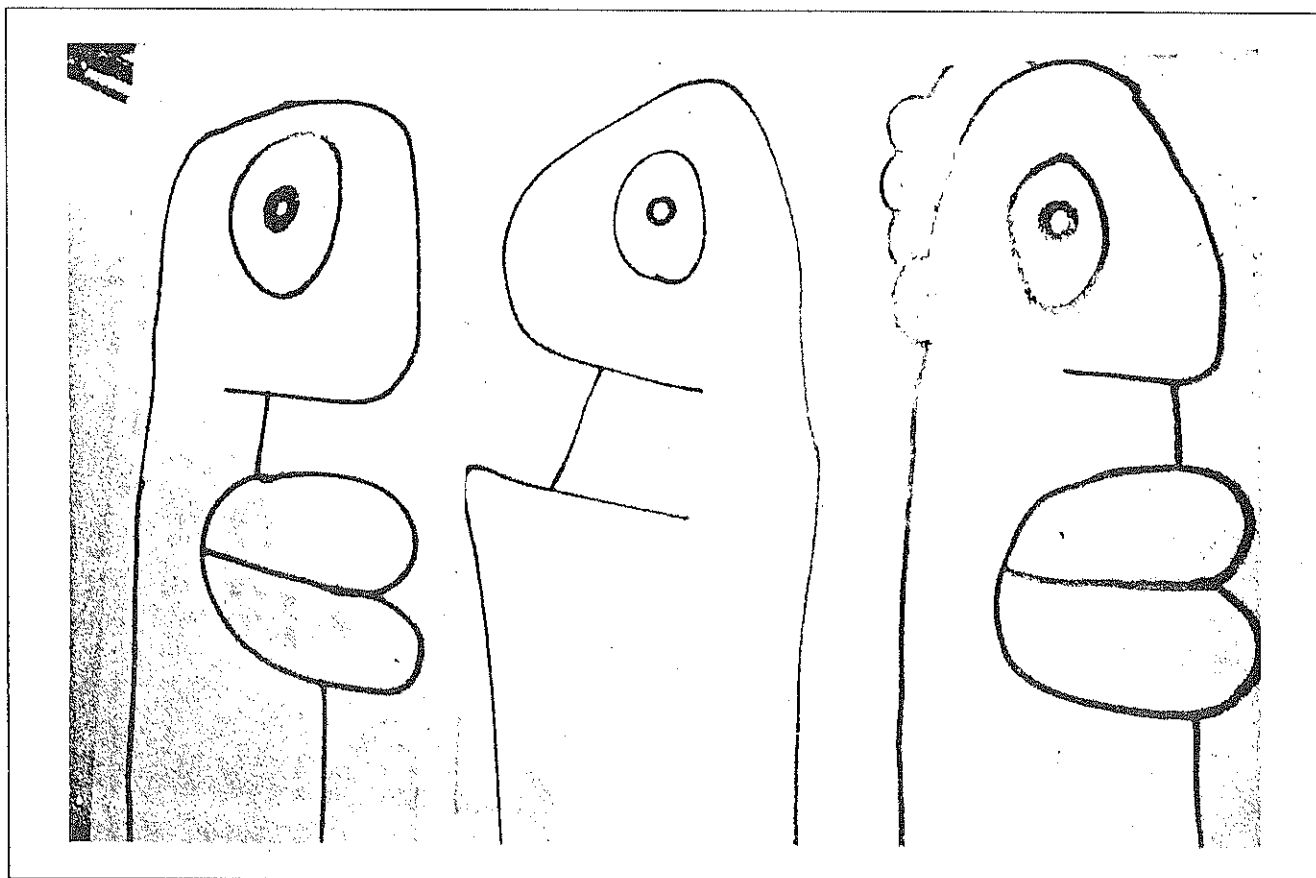
Die Früchte solcher Mißgunst werden im harmloseren Fall lähmende Gleichgültigkeit der ausländischen Bürger gegenüber den Geschicken dieses Landes sein, im weiteren Verlauf aber auch - so fürchte ich - Wut und Haß.

Ich möchte hier insbesondere alle Gläubigen dazu aufrufen, dieser Mißgunst und dem daraus erwachsenden Haß entgegenzuwirken, aus der Liebe Gottes allen Menschen gegenüber und aus Dankbarkeit gegenüber seiner Gnade heraus zu

leben. Laßt uns mit allen Bürgern in dieser Stadt Wege suchen, in Freiheit, Toleranz und gegenseitiger Achtung miteinander umzugehen und die Chance der kommenden Jahre ohne Ausgrenzung zu nutzen. Nur so kann Segen auf der vor uns liegenden Arbeit ruhen.



Amil Gorgis
(Syrisch Orthodoxe Kirche)



Dialog oder Gedanken zur Zeit

* B: Quach aus Vietnam

In den ersten Tagen des Aufenthaltes bekommen wir alle, alle vietnamesischen Frauen, egal welchen Alters, von der DDR-Betreuerin die Anti-Baby-Pille in die Hand gedrückt. Auf diese Weise wurde uns unmißverständlich klargemacht, daß Intimbeziehungen zwischen Mann und Frau außerhalb der Ehe normal sind, für uns aber die Bedingung gilt, daß keine Frau schwanger werden darf...

In den vergangenen Jahren gingen wir in die Konzeption der Betriebe ausschließlich in der Funktion als Arbeitskraft ein. Unsere Bedürfnisse als lebendige Menschen wurden kaum berücksichtigt...

* A: Amina aus Libanon

Eine gute Erscheinung bei Euch ist das Verhältnis zu den Kindern. Was man alles hier für sie macht. Ich meine zum

Beispiel Puppentheater, auch wie es gemacht ist, so staatlich.

Oder die Spielzeuge hier, so viel Spielzeug gibt es für die Kinder...

Oder die Beschäftigung mit den Kindern in Kindergarten oder Kinderkrippe, die vielen Pädagogen für die Kinder, das gefällt mir...

* B: A.L., Berlin

Ich fuhr mit der S-Bahn von der Arbeit nach Hause, ein hörbar angetrunkenener Mann räsonierte um sich herum - von den "bösen Kapitalisten", die jedem, auch dem kleinsten Kind aus dem Osten 100 Mark schenken; von den Polen, die zu Hause bleiben sollen, statt hier alles wegzukaufen. Dann sagte er zu einer jungen schwarzhäutigen Frau: "Und Du geh in den Busch und häkle da".

Ich sah den Mann empört an - aber ich schwieg. Alle anderen im vollbesetzten S-Bahn-Wagen schwiegen auch...

*A: Frau, Anfang 30

Was meinen Sie, sollten die Ausländer hierbleiben oder zurück?

Ich denke, die sollten zurück, aber es müssen ja nicht alle sein
Wer könnte denn hierbleiben?

Na, die deutschen...

Die deutschen Ausländer?

Na ja, ich meine die weißen...

Also, mit heller Hautfarbe?

Ja, die Afrikaner sollten zurück
Warum die?

Na ja, die haben eine andere Mentalität.

Haben Sie schlechte Erfahrungen gemacht?

Wenn ich zum Beispiel mit dem Kinderwagen fahre, da kommen die und belästigen mich.

Wie belästigen die Sie?

Na, die stellen sich alle um den Kinderwagen rum und sprechen mich an.

Und die anderen Ausländer, die könnten also bleiben?

Ja, die Vietnamesen und so, ja.

*B: Mann, Anfang 30

Und wie leben die in der DDR? Leben die so, daß man mit denen leben kann, oder gibt es da Probleme?

Na ja, vor allem mit Kubanern gibt's viele Probleme. Vor allen Dingen, man kann nicht zum Tanz gehen mit der Freundin und so, da gibt's Schlägereien, Messerstechereien, das außerdem noch.

Nehmen die sozusagen den Deutschen die Mädels weg?

Jawohl. Sonst wäre ich schon längst verheiratet.

*A: Moana aus Jamaica

Ich habe das so empfunden, daß viele ausländische Männer sich für deutsche Frauen interessieren. Mehr als für Landsleute. Die ausländischen Frauen kommen nicht so an die deutschen Männer heran, warum, weiß ich nicht.

Ich denke, daß deutsche Männer ausländische Männer nicht besonders gern haben. Das hat damit zu tun, daß viele Ausländer deutsche Frauen haben. Das gefällt den deutschen Männern nicht, vielleicht fühlen sie sich den anderen Männern gegenüber nicht mehr so richtig männlich.

*B: Mann, Mitte 30

Die Ausländer, die hier leben und arbeiten, sollten sich auch den hiesigen Verhältnissen anpassen. Die können hier nicht machen, was sie wollen. Zum Beispiel gibt es Ärger, wenn Afrikaner oder Kubaner auf die bei ihnen vielleicht erfolgreiche Art Frauen "anmachen". Das mag ja in ihren Ländern so üblich sein, bei uns aber nicht. Wenn sie schon herkommen, sollten sie sich zurückhalten und ruhig sein.

*A: Mann, Mitte 30

Also ich denke, Ausländer sind bei uns zu Gast. Dementsprechend sollten sie sich auch benehmen.

*B: Djamila aus der Sowjetunion

Am Anfang habe ich die Deutschen bewundert, ihre Sauberkeit, ihre Ordnung. Ich selbst fühlte mich minderwertig...

Wenn die Leute hierherkommen, können sie sich nicht so benehmen, wie zu Hause...

Ein Gast muß sich in meine Wohnung einfügen, sonst ist es auf die Dauer nicht auszuhalten...

*A: Leyla aus Libanon

Die Spannung zwischen den Völkern hat ihre Ursache in der Erziehung. Sie werden falsch erzogen in bezug auf den Anderen...

Ich kann das verstehen, wieso es Haß zwischen den Völkern gibt. Menschen waren früher wie Tiere. Sie haben sich geschlagen um die pure Existenz. Aber jetzt kann man das doch eigentlich organisieren, wir sind keine Tiere mehr...

Durch die Geschichte werden die Menschen so erzogen. Von Generation zu Generation. Und deshalb ist der Haß überall gegen das Fremde. Man hat Angst, der kommt und nimmt von einem etwas weg. Man wird so erzogen...

*B: Mercela aus Guinea-Bissau

Viele Deutsche sagen, daß die Deutschen einfach denken, daß die Deutschen die besten sind und da ist es nicht so wichtig, daß sie andere Leute kennenlernen. Die anderen müssen die Deutschen kennenlernen...

Es hat auch etwas damit zu tun, daß die Deutschen abgeschützt waren von den

Ausländern, überall, in den Ghettos, in den Betrieben...



A: Moana aus Jamaica

Die Deutschen denken immer, daß wir hierhergekommen sind, um zivilisiert zu werden. Sie fragen immer, was hast Du gelernt in Deutschland. Oft will ich sie fragen, was hast Du von mir gelernt. Ich habe doch auch etwas zu bieten, ich bin ein Mensch.

Ja, ich bin hier, um etwas zu lernen, um zu studieren, aber nicht um zivilisiert zu werden.



Ein imaginärer Ausländer-Generalstreik in Berlin

Die Dame im Cafe am Nachmittag
will Kaffee und Kuchen haben
aber die Tassen sind nicht gewaschen
die ServiererIn ist nicht da.

Wo bleibt mein Essen etwas exotisch
gut gewürzt und mal was anderes.
Der "Dönerkebab"-Spieß dreht sich nicht
auch der bunte Gemüseladen um die Ecke
hat seit Tagen dicht gemacht.

Der Patient wartet auf den netten Arzt umsonst
der Alte im Krankbett nicht gepflegt
auch die Suppe in der Küche nicht gekocht.
Die Müllabfuhr funktioniert nicht ganz
und die U-Bahnhöfe stinken.

Berliner Export hat Defizit
Kongreßteilnehmer aus aller Welt
haben die Nase voll
ihre Betten sind nicht frisch
flinke Bedienung verschwunden.

Wohnungsnot nimmt kein Ende
Versprechen sind schön - wo sind die Bauarbeiter?
Rentenkasse sucht dringend Zuschuß
weniger Beitragszahler, überall rote Zahlen.
Der letzte Ausländer macht alle Lichter in Berlin aus und geht.

Der Großbetrieb schreibt ans Werkstor:
Wir suchen Leute! Jeder Kanaker ist angenehm.
Der Mann auf der Straße schreit immer noch:
Ausländer raus!

Aras Ören, 24.11.1981

Asyl in unserem Land

Menschen suchen Asyl in unserem Land. Viele sind bereits angekommen. So wie im Staatsvertrag festgehalten, werden 20% der gesamten Asylbewerber der Bundesrepublik in den neuen Bundesländern untergebracht. Das bringt wachsende Probleme. Oftmals "hausen" sie in leerstehenden "Armeeobjekten" oder sonstigen Räumen, die die Kommune zur Verfügung stellen konnte. Die Wohnbedingungen sind sehr unterschiedlich, und sehr verschieden nehmen die Menschen ihre neuen Lebensbedingungen auf. Komfortabel ist es sicher nirgendwo in einer Kaserne, aber man hat erstmal ein Dach über dem Kopf. Dennoch - es ist ziemlich deprimierend, auf eine Gemeinschaftsunterkunft angewiesen zu sein - und niemand weiß, wie lange. Aber wiederum ist es gut - da sind Menschen zusammen, die teilen ein ähnliches Schicksal, wenn sie auch aus den verschiedensten Teilen der Welt kommen. Können einander helfen, trösten und raten. Beratungsstellen fehlen zum Beispiel fast überall in den Heimen. So haben die, die zu uns gekommen sind, in der Anfangsphase schlechte Bedingungen. Die ärztliche Versorgung ist ungeklärt, die Sozialhilfe läßt auf sich warten, sie sind der Tyrannei eines Hausmeisters ausgesetzt oder bekommen (auch als Muslim) Vollverpflegung, statt sich selber etwas kochen zu können.

Ich hoffe, daß es den Ausländerbeauftragten, engagierten Helfern und den Betroffenen gelingt, Wege zueinander zu finden, damit Menschen nicht neben den vielen inneren Nöten noch an ihren neuen Lebensbedingungen zu leiden haben und erstmal irgendwo ankommen können, nachdem sie aus ihrer vertrauten Umgebung fliehen mußten.

Eigentlich sind wir in den fünf neuen Bundesländern mit so viel Problemen belastet, daß es offensichtlich nicht leicht ist, gastfrei zu sein. Andererseits - da sind Flüchtlinge, die wir nicht vor unserer Tür stehen lassen können. Manche kommen blutend und mit deutlichen Foltermerkmalen auf dem Flugplatz Schönefeld an. Männer, Frauen, Kinder. Erschöpft und übermüdet und mit großem inneren Ballast. Sicher sind viele froh, wenn sich in den Gemeinden Menschen finden, die mit ihnen sprechen, die sie einladen, die sie aufsuchen und wenigstens versuchen, Kontakte herzustellen, die sie bei Behördengängen begleiten und sich für sie einsetzen einer harten Bürokratie gegenüber, die mit ihnen die deutsche Sprache üben, mit ihnen unseren Reichtum teilen (und sei es in Form von "abgelegten" Konsumgütern wie Radio, Fernseher, Schreibmaschine usw.).

Eigentlich ist das, was jetzt geschieht, ein spannender Prozeß. Ich stelle mir vor, daß diese Fremden bei uns bleiben und unsere Städte und Dörfer einmal ähnlich bunt sein werden wie in den alten Bundesländern. Ich stelle mir vor, wie wir dadurch einen ganz anderen Reichtum erfahren. Daß diese Aufgabe ihre spannende Aktualität für Christen auch aus der Bibel hat, ist ganz klar. Im Johannesevangelium (Kap.15,16) sagt Jesus den Jüngern: Ihr habt mich nicht auserwählt, aber ich habe euch erwählt. Und meint damit: Nicht was wir uns aussuchen, oder womit wir unzufrieden sind ist das entscheidende, sondern daß er uns ausgesucht hat, obgleich wir vor dieser Aufgabe zurückscheuen, obwohl wir uns so hilflos vorkommen, ist das wichtige.



Das Wort Asyl birgt wirklich viele Probleme - für die, die davon Gebrauch machen müssen und auch für die, die sich um Asylbewerber sorgen. Antragstellung, Arbeitsverbot, Paßverlust, willkürliche Verteilung und mögliche Abschiebung... Etwa 4% - so sagen die Experten - haben die Chance, ihren Asylantrag nach langen Jahren Wartens anerkannt zu bekommen. Holen Sie sich Rat von Menschen, die damit Erfahrung gemacht haben - zum Beispiel in Ihrer westlichen Partnergemeinde oder bei uns im ÖMZ.

Ingrid Gröpler

Anerkennungszahlen

Die Anerkennungszahlen beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge sind von knapp 40 % im Jahre 1985 auf nur 4 % im Jahre 1990 zurückgegangen. Der Rückgang ist nicht auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Herkunftsländern der Asylsuchenden zurückzuführen. Er ist zum einen in Gesetzesänderungen begründet, die 1987 in Kraft getreten sind. Danach können der Aufenthalt in einem Drittland und die Berufung auf sogenannte Nachfluchtgründe die Asylanerkennung ausschließen. Zum anderen hat die Rechtsprechung des Bundesver-

Die wichtigsten Begriffe aus dem Asyl-Bereich

Abschiebung

Wenn ein Asylverfahren erfolglos geblieben ist, dann ist der Asylsuchende in der Regel zur Ausreise aus der Bundesrepublik verpflichtet. Reist er nicht freiwillig aus, so wird er abgeschoben, d. h. zwangsweise aus der Bundesrepublik entfernt. Für die Entscheidung über den Vollzug der Abschiebung ist die örtliche Ausländerbehörde zuständig. In einigen Bundesländern ist die Entscheidung auf eine Zentrale Ausländerbehörde verlagert worden.

Abschiebungsschutz

Durch die Einengung des Begriffs der politischen Verfolgung nach Art. 16 Abs. 2 S. 2 GG erlangen immer weniger politisch Verfolgte einen Abschiebungsschutz über das Asylrecht. Auch wenn erlittene oder drohende Menschenrechtsverletzungen nicht zur Asylanerkennung führen, dürfen die deutschen Behörden aufgrund des Gebots der Menschenwürde nach Art. 1 GG und des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 GG Menschen nicht in ein Land abschieben, in dem ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen. In den Fällen, in denen die Ausländerbehörde trotz dieser Gefahren eine Abschiebung durchsetzen will, muß der Ausländer einen Antrag auf Duldung stellen und im einstweiligen Rechtsschutzverfahren die Untersagung der Abschiebung beantragen.

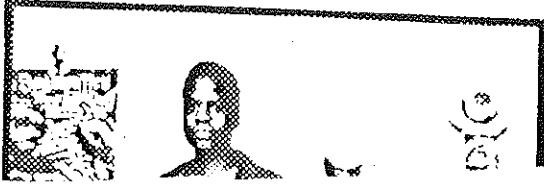
waltungsgerichts den Begriff der politischen Verfolgung eingeengt. So hat es rassisch verfolgte Tamliden aus Sri Lanka die Anerkennung als politisch Verfolgte ebenso vorenthalten wie Türken und Kurden aus der Türkei, deren politische Gesinnung durch Folter gebrochen werden sollte.

Asylantrag

Ausländer, die in der Bundesrepublik Asyl erhalten wollen, müssen einen Asylantrag stellen. Der Antrag ist bei der Ausländerbehörde, in deren Bezirk sie sich aufhalten, zu stellen. Wer bereits an der Grenze Asyl beantragt, wird von der Grenzbehörde an die nächstliegende Ausländerbehörde weitergeleitet. Im Asylantrag müssen die Tatsachen dargelegt werden, die die Furcht des Asylsuchenden vor politischer Verfolgung begründen. Der Asylantrag wird von der Ausländerbehörde an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge weitergeleitet.

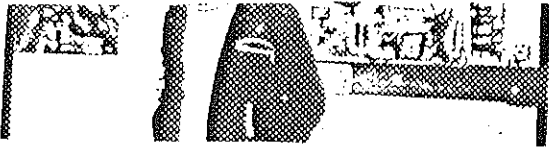
Asylberechtigter

Der Asylantragsteller, der vom Bundesamt anerkannt wird oder in dessen Verfahren das Verwaltungsgericht das Bundesamt zu seiner Anerkennung verpflichtet, erhält den Status des Asylberechtigten. Er erhält den Reiseausweis nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und erhält von der Ausländerbehörde eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.



Asylgrundrecht

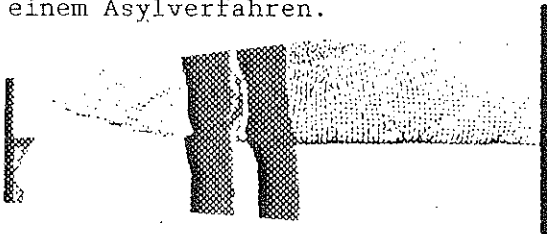
Das Asylgrundrecht nach Art. 16 Abs. 2 S. 2 Grundgesetz lautet: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". Art. 16 Abs. 2 S. 2 GG ist die Grundlage des Asylrechts in der Bundesrepublik. Wer politisch verfolgt ist, ist von der Rechtsprechung in Anlehnung an die Flüchtlingseigenschaft der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) entwickelt worden. Danach ist politisch verfolgt,



wer eine begründete Furcht vor staatlichen Verfolgungsmaßnahmen wegen seiner politischen Überzeugung, Rasse, Religion oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen oder ethnischen Gruppe hat.

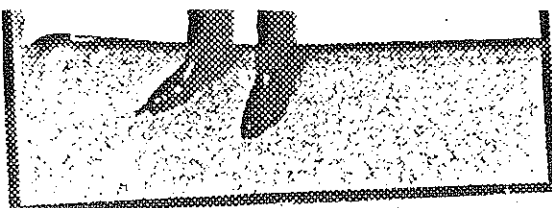


Das Asylgrundrecht sichert einem Asylsuchenden, der die Grenzen der Bundesrepublik erreicht hat, den Zugang zu einem Asylverfahren.



Ausländerbehörde

Die Ausländerbehörde nimmt den Asylantrag entgegen, führt eine Anhörung durch und leitet den Antrag und das Anhörungsprotokoll an das zuständige Bundesamt weiter. Die Ausländerbehörde entscheidet auch, ob ein Folgeantrag des Asylsuchenden an das Bundesamt weitergeleitet wird. Die Ausländerbehörde entscheidet schließlich noch über den Vollzug von Abschiebungen.



Bundesamt

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge ist die Behörde, die im Verwaltungsverfahren über die Asylanträge inhaltlich entscheidet. Neben dem Asylantrag ist die Anhörung beim Bundesamt die Grundlage für die Entscheidung. Beim Bundesamt wird sie durch weisungsunabhängige Entscheider getroffen. Das Bundesamt hat seinen Hauptsitz in Zirndorf bei Nürnberg. Mittlerweile gibt es in allen Bundesländern Nebenstellen des Bundesamtes.

Bundesbeauftragter

Der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten wird vom Bundesinnenminister berufen. Er ist an Weisungen des Ministers gebunden. Er kann gegen Entscheidungen des Bundesamtes und der Verwaltungsgerichte Rechtsmittel einlegen. In der Praxis legt er allerdings nur Rechtsmittel gegen Entscheidungen ein, die für Flüchtlinge positiv sind.

Bürgerkrieg

In seiner Grundsatzentscheidung vom 3. Dezember 1985 hat das Bundesverwaltungsgericht im Verfahren srilankischer Asylbewerber entschieden, daß Verfolgungsmaßnahmen im Rahmen eines Bürgerkriegs oder einer bürgerkriegsähnlichen Situation die politische Verfolgung überlagern. Diese Rechtsprechung hat zu einem Rückgang der Anerkennungen von srilankischen Asylbewerbern von 70 % im Jahre 1985 auf 0,56 % im Jahre 1988 geführt.

de-facto-Flüchtlinge

Als de-facto-Flüchtlinge werden die Flüchtlinge bezeichnet, die zwar kein Asyl erhalten haben, die aber dennoch aus rechtlichen, humanitären und politischen Gründen nicht abgeschoben werden (können). Während die Zahl der anerkannten Flüchtlinge aufgrund der Gesetzesänderungen und der Entwicklung der Rechtsprechung zurückgegangen ist, beläuft sich die Zahl der de-facto-Flüchtlinge auf 60 % der abgelehnten Asylbewerber.

Duldung

Wenn ein Ausländer die Duldung erhält, dann bedeutet dies, daß sein an sich unerlaubter Aufenthalt toleriert, d.h. geduldet wird. Die Duldung kann zumindest kurzfristig wirksam vor einer Abschiebung schützen. Sie wird befristet ausgestellt, kann aber verlängert werden. Sie bietet in der Regel nicht die Möglichkeit der Integration und Zukunftsplanung. Sie stellt auf Dauer keinen ausreichenden Schutz vor einer Abschiebung dar.

Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament hat am 13. März 1987 einen fortschrittlichen Beschluß zum Asylrecht in Europa gefaßt. Das Parlament forderte u.a., die Einreise von Asylsuchenden nicht durch Visabestimmungen zu verhindern. Weiterhin betonte das Parlament, daß die erzwungene Unterbringung in Sammelunterkünften und das Arbeitsverbot auf höchstens 6 Monate beschränkt werden sollten. Die europäischen Regierungen haben den Beschluß des Europäischen Parlaments bisher nicht berücksichtigt.

Folgeantrag

Wenn nach Abschluß eines Asylverfahrens ein erneuter Asylantrag gestellt wird, dann handelt es sich bei diesem Antrag um einen Folgeantrag. Ein Folgeantrag ist nur dann überhaupt zur Prüfung zugelassen, wenn neue Beweismittel vorgelegt werden oder eine Änderung der Sach- und Rechtslage vorgetragen werden kann.

Folter

Nach der 1983 entwickelten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts führt erlittene Folter bei einem Antragsteller nur dann zur Asylanerkennung, wenn der verfolgende Staat mit der Anwendung der Folter auch die politische Überzeugung des Opfers treffen wollte. Wenn die Motivation des Staates bei der Anwendung der Folter aber darauf gerichtet ist, den Staatsbestand z.B. gegen separatistische Bestrebungen zu sichern, ist nach dieser Rechtsauffassung die Folter nicht als politische Verfolgung anzusehen und führt daher nicht zur Asylanerkennung. Drohende Folter schützt aber nach Art. 1 und Art. 2 Abs. 2 GG vor einer Abschiebung ins Verfolgerland.



Genfer Flüchtlingskonvention

Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) vom 28. Juli 1951 ist die Grundlage des internationalen Flüchtlingsrechts. Die Bundesrepublik hat die GFK unterzeichnet. Nach der GFK ist jeder ein Flüchtling, der eine begründete Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Überzeugung hat. Der GFK ist allerdings keine nähere Definition zu entnehmen, was unter politischer Verfolgung zu verstehen ist. Dies führt dazu, daß in den Unterzeichnerstaaten der GFK unterschiedliche Anerkennungskriterien bestehen.

Durch die 1987 in Kraft getretenen Änderungen des Asylrechts können Personen, die nach der GFK Flüchtlinge sind, von der Asylanerkennung ausgeschlossen werden. Hierzu zählen Flüchtlinge, die über ein Drittland gereist sind oder sich auf Nachfluchtgründe berufen.



Die GFK verbietet die Ausweisung, Abschiebung und Zurückweisung von Flüchtlingen. Deshalb können Flüchtlinge nach der GFK trotz Nichtanerkennung als Asylberechtigte von der Bundesrepublik nicht in ihr Verfolgerland abgeschoben werden. Zugleich verbietet das Zurückweisungsverbot (non-refoulement) der GFK, Flüchtlinge abzuschicken, solange ihre Flüchtlingseigenschaft nicht überprüft worden ist.

Nachfluchtgrund

Eine Verfolgung kann im Herkunftsland des Asylsuchenden aufgrund von Gründen drohen, die vor dem Verlassen des Landes entstanden sind. Dabei handelt es sich um sogenannte Vorfluchtgründe. Verfolgungsgründe, die erst nach dem Verlassen des Herkunftslandes entstanden sind, heißen dagegen Nachfluchtgründe. Als Beispiel sei ein ausländischer Student genannt, der erst während des Studiums in der Bundesrepublik politisch tätig wurde und Aktivitäten gegen die Heimatregierung unternahm. Nach der 1987 in Kraft getretenen Gesetzesänderung reichen Nachfluchtaktivitäten für die Asylanerkennung in der Regel nicht aus. Sie führen nur dann zur Asylanerkennung, wenn sie sich als Ausdruck und Fortführung einer schon vor dem Verlassen des Heimatlandes erkennbar betätigten festen politischen Überzeugung darstellen. Wird wegen des Nachfluchtgrundes eine Asylanerkennung abgelehnt, so kann der Ausländer wegen der ihm in seinem Heimatland drohenden politischen Verfolgung aber nicht dorthin abgeschoben werden.

Schengen

Schengen ist ein Ort in Luxemburg. Dort wurde 1985 zwischen Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich und der Bundesrepublik der Vertrag von Schengen geschlossen. Dieser Vertrag sieht einen frühzeitigen Abbau der Binnengrenzen zwischen den Vertragsstaaten vor, der noch vor der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes umgesetzt werden soll. Zur Umsetzung des Vertrages wird über ein Zusatzabkommen verhandelt, das auch die Rechte von Asylsuchenden betrifft. Durch das Zusatzabkommen soll eine gemeinsame Visumpolitik mit Sanktionen gegen Fluggesellschaften, die Ausländer ohne Visum befördern, vereinbart werden. Auch soll ein Asylbewerber, der in einem Vertragsstaat abgelehnt worden ist,

keinen zweiten Asylantrag in einem anderen Vertragsstaat stellen können. Von dieser Regelung können Ausnahmen vorgenommen werden, wenn nationales Recht dies erfordert (s. das Asylgrundrecht nach Art. 16 Abs. 2 S. 2 GG für die Bundesrepublik).

Weiterhin soll ein Austausch der Daten von Asylbewerbern stattfinden. Hierbei ist zu befürchten, daß die Daten der Asylsuchenden nicht hinreichend vor dem Zugriff der Verfolgerstaaten geschützt werden. Die Binnengrenzen der Schengen-Staaten sollen fallen, dafür soll an den Außengrenzen, also auch zwischen EG-Staaten, schärfer kontrolliert werden. Die Vereinbarungen zum Zusatzabkommen von Schengen werden als maßgebend für entsprechende spätere Vereinbarungen auf EG- und Europaratsebene für eine gemeinsame europäische Politik der Abwehr von Asylsuchenden verstanden.

UNHCR

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationalen (United Nations High Commissioner for Refugees) ist eine UN-Behörde, die über die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention wacht. Der UNHCR hat ein Handbuch zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft erarbeitet; dieses Handbuch wird jedoch in der Staatenpraxis kaum berücksichtigt. Der UNHCR ist auch mit einem Amt in der Bundesrepublik vertreten.



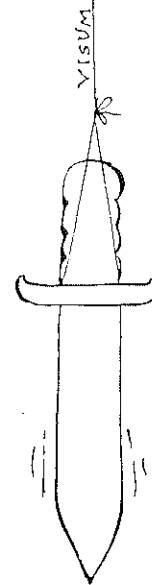
Verwaltungsgerichte

Rechtsmittel gegen die Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge können bei den Verwaltungsgerichten eingelegt werden. In der Regel steht gegen die Entscheidungen gegen die Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge können bei den Verwaltungsgerichten eingelegt wer-

den. In der Regel steht gegen die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte keine zweite Instanz offen. Eine Berufung gegen ein Urteil der Verwaltungsgerichte beim Obergerverwaltungsgericht bzw. Verwaltungsgerichtshof kann nur dann eingelegt werden, wenn die Berufung zugelassen worden ist. Die Zulassung der Berufung soll nur dann erfolgen, wenn die Sache eine über den Einzelfall hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat oder von einer Entscheidung des Obergerverwaltungsgerichts oder Bundesverwaltungsgerichts abweicht. Wenn die Berufung ausgeschlossen ist, besteht auch nicht mehr die Möglichkeit, Revision beim Bundesverwaltungsgericht einzulegen.

Visum

Ein Einreisevisum für die Bundesrepublik wird von den deutschen Auslandsvertretungen ausgestellt. Ausländer, die der Visumpflicht unterliegen, dürfen nur mit einem gültigen Visum einreisen. Wenn jedoch Asylbewerber unmittelbar aus dem Verfolgerland in die Bundesrepublik einreisen, können sie nicht wegen eines fehlenden Visums zurückgewiesen werden.



DINTEAG

ANZEIGE

Nach Verhören und Hausdurchsuchungen im Dezember 1990 und Januar 1991 erhalten seit dem 9. Februar Mitbürger und Mitbürgerinnen arabischer Herkunft von der Ausländerbehörde sogenannte Verfügungen, die folgendes zum Inhalt haben

- 1) Unter Androhung von Ausweisung wird ihnen ab sofort jegliche politische Betätigung untersagt
- 2) Die Betroffenen müssen sich zweimal wöchentlich bei der Polizei melden,
- 3) Die Betroffenen dürfen Berlin nicht verlassen.

Wir protestieren in aller Schärfe gegen die Kriminalisierung unserer arabischen Mitbürger und Mitbürgerinnen. Wir lassen es nicht zu, daß Grundrechte wie Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit und Meinungsfreiheit den Betroffenen vorenthalten werden.

Wir rufen die Berliner Bevölkerung dazu auf, die Betroffenen jetzt zu unterstützen.

Hierzu gehören:

- Erhöhte Aufmerksamkeit, ob Bekannte, Nachbarn oder Kollegen und Kolleginnen betroffen sind und natürlich Solidarität und Protest, wenn dies der Fall ist
- das öffentliche Einsetzen für diese Menschen, die es nicht mehr ungefährdet selbst tun können
- die Begleitung von Betroffenen zur Polizei.

Wir fordern dazu auf, alle bekannten Fälle umgehend unter den folgenden Westberliner Rufnummern zu melden:

SOS RASSISMUS 691 41 83
863 00 334
687 20 81

ANTIRASSISTISCHES TELEPHON 861 94 22

Landeseinwohneramt Berlin

Abteilung Ausländerangelegenheiten

BERLIN

Landeseinwohneramt Berlin, Hans-Beimler-Str. 27, 1026 Berlin

Einschreiben

Frau

Berlin

Sprechzeiten:
Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag
von 8.00 - 13.00 Uhr

Geschäftszeichen
(bitte immer angeben)

Fernruf
Durchwahl/Apparat

Intern

Datum

IV A 31 () 247 2071 20.12.1990

Sehr geehrte Frau !

Ihrem Antrag vom 18.12.1990 entsprechen wir nicht. Diese Entscheidung beruht auf § 5 Buchstabe b und e der Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Gewährung des Aufenthalts für Ausländer in der Deutschen Demokratischen Republik zur Gewährung des ständigen Wohnsitzes bzw. des länger befristeten Aufenthalts - Wohnsitzverordnung - vom 01.08.1990 (GBl. I Nr. 48 S. 869).

Nach § 3 Satz 1 dieser Verordnung ist die Erlaubnis zur ständigen Wohnsitznahme bzw. die Genehmigung für einen länger befristeten Aufenthalt vor der Einreise bei der zuständigen deutschen diplomatischen oder konsularischen Vertretung einzuholen. Dies haben Sie nicht getan.

Sie sind am 26.06.1990 mit einem Visum der ehemaligen DDR eingereist, das bis zum 25.07.1990 gültig war. Anschließend haben Sie sich ohne die erforderliche Aufenthaltsgenehmigung bzw. Aufenthaltserlaubnis aufgehalten. Ihr Aufenthalt ist erst anlässlich der Einleitung eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens bekannt geworden.

Da Sie nicht im Besitz der erforderlichen Aufenthaltsgenehmigung bzw. Aufenthaltserlaubnis sind, haben Sie die Bundesrepublik Deutschland unverzüglich zu verlassen. Sollten Sie nicht binnen eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides ausgereist sein, werden Sie gemäß § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Gewährung des Aufenthalts für Ausländer in der Deutschen Demokratischen Republik vom 28.06.1979 (GBl. I Nr. 17 S. 149) ausgewiesen.

- 2 -

LEA 4021 Behördenbriefbogen (12.88) 0987654321

13

Verkehrsverbindung:
U-Bahnhof Amrumer Straße
Bus 16, 70, 71, 72, 83, 90

Zahlungen bitte bargeldlos nur an die
Landeshauptkasse Berlin, 1000 Berlin 30

Kontonummer:
58-100

Geldinstitut
PGiRoA Bln

Bankleitzahl
100 100 10

Rechtsbehelfsbelehrung siehe Anlage

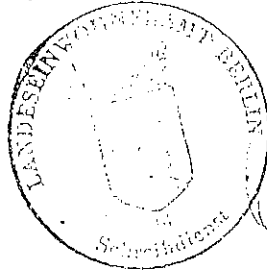
Anordnung der sofortigen Vollziehung:

Nach § 80 Abs. 2 Ziffer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21.01.1960 (BGBl. I S. 17/GVBl. S. 207) ordnen wir die sofortige Vollziehung dieses Bescheides an. Das bedeutet, daß Sie bis zum Ablauf der genannten Frist ausreisen müssen, auch wenn dieser Bescheid noch nicht unanfechtbar sein sollte.

An der sofortigen Vollziehung besteht angesichts der vielen illegal eingereisten Ausländer ein öffentliches Interesse. Es kann nicht hingenommen werden, daß Sie sich unter Ausnutzung der aufschiebenden Wirkung von Rechtsmitteln noch längerfristig hier aufhalten.

Hochachtungsvoll

Im Auftrag
Schlieckriede



Beglaubigt

Ullrich

Anlage
1 Rechtsbehelfsbelehrung

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Landeseinwohneramt Berlin, Abteilung Ausländerangelegenheiten, Friedrich-Krause-Ufer 24, 1000 Berlin 65, zu erheben. Es wird darauf hingewiesen, daß die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt ist, wenn der Widerspruch innerhalb dieser Frist eingegangen ist.

Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande...

Predigt über 3. Mose 19,33.34

Als ich vor dem Findling, vor dem Gedenkstein auf dem Marzahner Friedhof stand, wo eine Erinnerungsstätte an die Roma und Sinti entstanden ist, die da draußen in einem Lager gehalten wurden, bevor sie deportiert und vernichtet wurden - da schämte ich mich für mein Volk. Tausende von Roma und Sinti, früher nannte man sie diskriminierend Zigeuner, wurden dort in ein Lager gepfercht, draußen vor den Toren der Stadt Berlin, um die "Reichshauptstadt" für die Olympiade 1936 "sauberzumachen". Nur weil sie - wie schon die Juden zuvor - als "artfremd", "undeutsch" galten, wurden sie "ausgemerzt" (Sprache von damals). Wenn ich heute den Nachkommen der Gemordeten oder den wenigen Überlebenden begegne, empfinde ich Scham.

Ja "wir sind in die Irre gegangen", wie es die Bekennende Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert hat, wir sind blind für die Menschen an unserer Seite gewesen. Wir haben sie nicht als unsere Nächsten erkannt. Aber was mich am meisten bewegt, ist ja, daß dies alles nicht Vergangenheit ist, sondern schon wieder Gegenwart! Sie sind ja schon wieder unter uns: Roma und Sinti wie auf dem Bahnhof in Lichtenberg, Gastarbeiter aus Mocambique, Angola oder Vietnam, und jetzt auch wieder Juden, Juden aus der Sowjetunion, sie alle auf der Suche nach Freiheit, etwas Wohlstand, sicheren Verdienst; sie brauchen Raum zum Leben, Brot zum Essen, Luft zum Atmen, vor allem aber - menschliche Gemeinschaft.

Gerade damit hapert es. Fremde haben es immer schwer. Ausländersein ist nicht leicht - und wir alle sind Ausländer - fast überall! Alles Fremde ist uns befremdlich. Was uns nicht vertraut ist, finden wir spanisch. In Orwells "Farm der Tiere", wo die Tiere den Menschen vertrieben haben (von daher haben wir manch treffendes Wort, wie zum Beispiel: "Alle Tiere sind gleich, aber einige sind gleicher als die anderen.") da heißt eine gängige Parole: "Vierbeiner gut, Zweibeiner schlecht!" Sobald eine innenpolitische Krise naht, wird die Parole befehlsgemäß skandiert. Damit läßt sich so herrlich von den eigenen Probleme ablenken. Bei uns steht stattdessen an Türen und Wänden zu lesen: "Ausländer raus!" Wo liegt da der Unterschied?


Auch die Gemeinde Gottes ist nicht immun gegen Ausländerfeindlichkeit. Dafür legt das Alte Testament Zeugnis ab. In dem Gesetzbuch des jüdischen Volkes findet sich dieser Text: "Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland."

Gottes Wort schlägt nicht auf uns ein; da wird auch nicht der moralische Zeigefinger gehoben. Gott ruft uns zum Nachdenken, zur Erinnerung, zum Eingedenksein. So wollen auch wir jetzt innehalten und nachdenken. Ist es nicht wahr? Wir sind wie sie. Auch wir sind Fremde, Ausländer - fast überall: Es braucht gar nicht viel: Die fremde Sprache im fremden Land - schon sind wir hilflos, ausgeliefert, auf fremde Hilfe angewiesen. Jeder, der einmal ein Formular in fremder Sprache ausfüllen mußte, weiß das. Fremde Sitten, fremde Speisen - schon sind wir unsicher, befangen, dankbar für jeden aufrichtigen Hinweis. Wir sind wie sie.

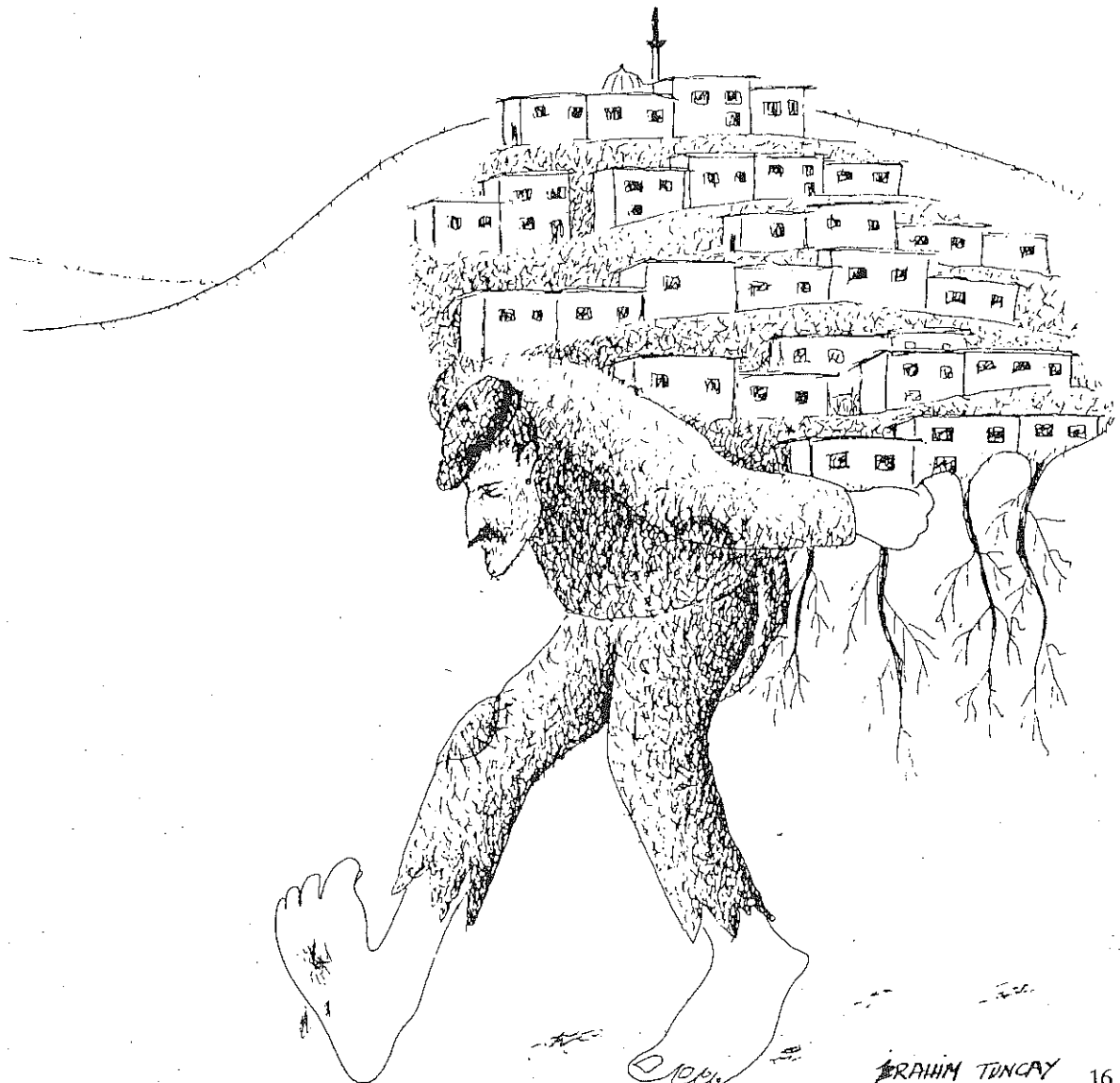
Oder wie war das, als wir selbst Flüchtlinge waren? Sicher sind unter uns noch ältere Zeitgenossen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, die am Morgen noch nicht wußten, wohin sie am Abend ihr Haupt legen würden. Plötzlich waren sie abgeschnitten vom Vertrauten, auf fremden Straßen, von Notunterkunft zu Notunterkunft, in Schlangen stehend vor Hilfsstellen. Fremdlinge von einem Tag auf den anderen, wie vergeblich sind wir doch - oder denken wir noch daran, wie die Campingplätze in Ungarn, die bundesdeutsche Botschaft in Prag oder in Warschau aussahen, nachdem die

Ausreisewilligen sie verlassen hatten? Das ist erst reichlich ein Jahr her! Da hätten wir auch die Nase gerümpft bei diesem Anblick und Gestank. Und jetzt wundern wir uns schon wieder angesichts der Massenlager auf unseren Bahnhöfen und in den Aufnahmeheimen. Gottes Wort erinnert uns: Sie sind wie wir!

Sind sie nicht auch ein Abbild, ein Symbol unserer eigenen Heimatlosigkeit? "Wir haben hier keine bleibende Statt, sondern die zukünftige suchen wir", heißt es im Hebräerbrief. Vor Gott sind wir alle "unstet und flüchtig" wie Kain, der Brudermörder. Das Volk, das sesshaft geworden war, hatte diese Erinnerung an seine eigene Wanderschaft vergessen, verdrängt. Sesshaft werden heißt auch: unterscheiden zwischen Nahen und Fernen, Grenzen aufrichten zwischen Freunden und Feinden. Wenn in unserem Text gesagt wird: "... du sollst ihn lieben wie dich selbst," dann klingt ja daran das Gebot der Nächstenliebe an: "Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst." Mit anderen Worten: Der Fremde ist dir zum Nächsten geworden - von Gott her. Jesus, der das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter erzählte, war offenbar der Meinung, daß die Barmherzigkeit Völkergrenzen übersteigt, Abgrenzungen und Trennungen nicht respektiert, denn Gott ist der Vater aller Menschen.

Das alles sollen nicht nur moralische Regeln sein. Es ist der Wille Gottes. So endet dieses Gebot wie das erste: "Ich bin der Herr, dein Gott!" Wir sind dazu gerufen, an die Seite der Fremden zu treten. Sie sind wie wir - geliebte Kinder Gottes! 

Dr. Günter Krusche



Das geeinte Deutschland muß Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit widerstehen

Zum Abschluß der Woche des ausländischen Mitbürgers verfaßten Mitarbeiter der Initiativen Cabana, Ring, Nationalitätenzentrum, Arbeitskreis Entwicklungshilfe der Studentengemeinde, Zweidrittelwelt-Arbeitskreis der Versöhnungskirche, Quilombo-Eine-Welt Laden, Ökumenische Informationsstelle (alles Dresden) sowie INKOTA-Netzwerk e.V., Berlin, Teilnehmer der Woche des ausländischen Mitbürgers Dresden und Cabana der Stadt Halle einen Aufruf. Im folgenden der Wortlaut:

Deutschland feiert seine Vereinigung. Mit Freude und mit großer Sorge sehen wir unserer gemeinsamen Zukunft entgegen. Ein Jahr nach dem Erleben unserer Ängste und unseren Mutes ist das Ziel, eine solidarische Gesellschaft zu errichten, vielfach gefährdet. Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit als Folge früherer Abschottung, zweifach unbewältigter Geschichte, aber auch wirtschaftlicher Verteilungskämpfe sowie oberflächlicher Schuldzuweisung ist dem "demokratischen Aufbruch" vor einem Jahr direkt entgegengerichtet. Sie ist besonders grotesk, nachdem wir uns das Recht erkämpft haben, endlich überall Ausländer sein zu dürfen, nachdem DDR-Bürger in großer Zahl flüchteten und die Solidarität und Gasfreundschaft unserer Nachbarländer erleben durften.

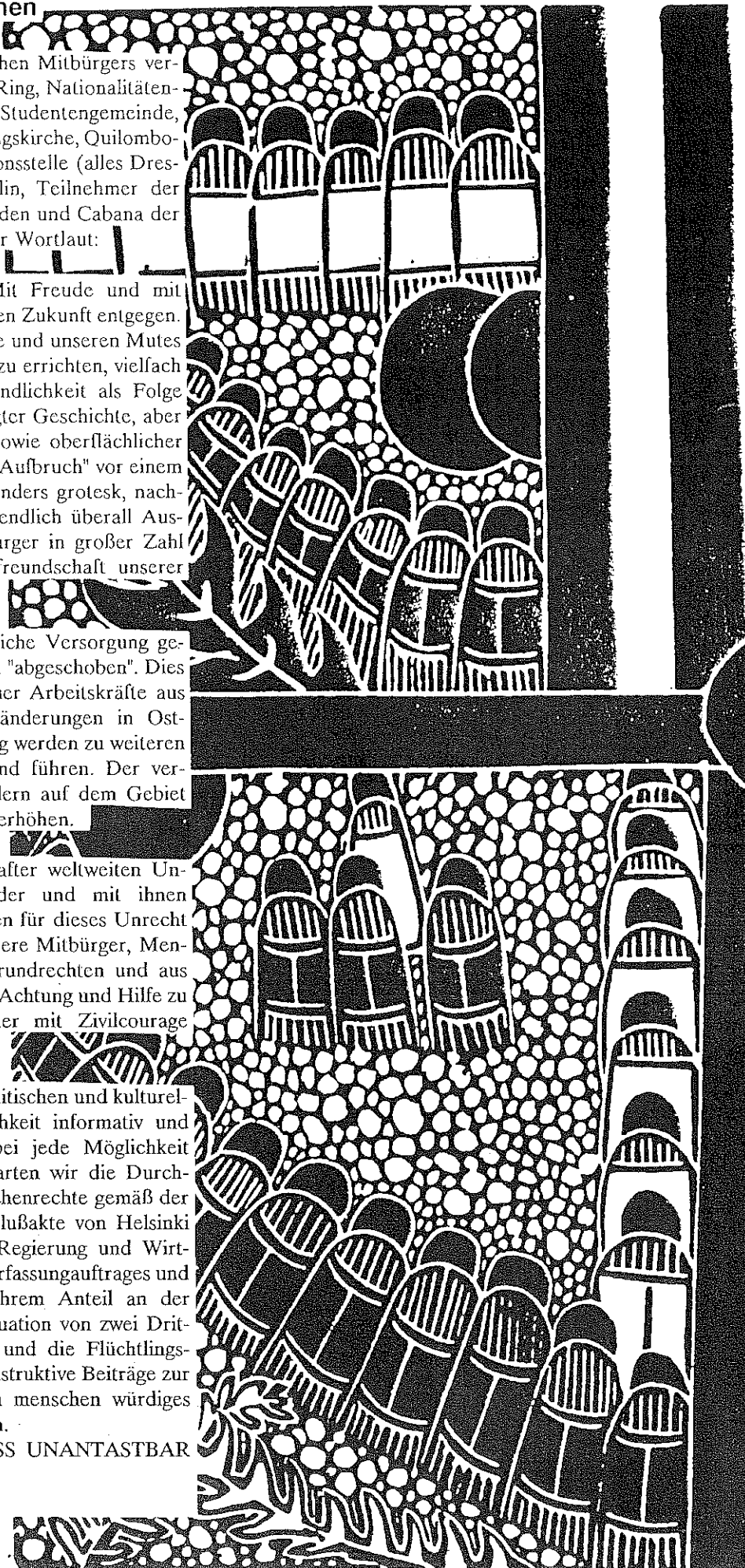
Menschen, die lange Zeit für unsere tägliche Versorgung gearbeitet haben, werden jetzt in großer Zahl "abgeschoben". Dies geschieht gleichzeitig zur Anwerbung neuer Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Ländern. Die politischen Veränderungen in Osteuropa und die Weltwirtschafts-Unordnung werden zu weiteren Flüchtlingsströmen auch nach Deutschland führen. Der vergleichsweise niedrige Anteil von Ausländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wird sich drastisch erhöhen.

Wir wissen, daß Flüchtlinge die "Botschafter weltweiten Unrechts" sind. Die reichen Industrieländer und mit ihnen Deutschland als "Exportweltmeister" tragen für dieses Unrecht erhebliche Verantwortung. Wir bitten unsere Mitbürger, Menschen, die wegen der Verletzung von Grundrechten und aus anderen Gründen auf der Flucht sind, mit Achtung und Hilfe zu begegnen und Ausschreitungen Einzelner mit Zivilcourage entgegenzutreten!

Wir rufen die Medien, die Kirchen, die politischen und kulturellen Vereinigungen auf, in der Öffentlichkeit informativ und bewußtseinsbildend zu wirken und dabei jede Möglichkeit auszuschöpfen! Von der Regierung erwarten wir die Durchsetzung der allgemein anerkannten Menschenrechte gemäß der Charta der Vereinten Nationen, der Schlußakte von Helsinki und der Genfer Flüchtlingskonvention! Regierung und Wirtschaft fordern wir auf, in Erfüllung des Verfassungsauftrages und im eigenen Existenzinteresse, sich zu ihrem Anteil an der Verantwortung für die wirtschaftliche Situation von zwei Dritteln der Weltbevölkerung zu bekennen und die Flüchtlingsursachen zu bekämpfen. Wir erwarten konstruktive Beiträge zur Schaffung weltweiter Strukturen, die ein menschenwürdiges Leben in den Heimatländern ermöglichen.

DIE WÜRDE DES MENSCHEN MUSS UNANTASTBAR WERDEN!

Dresden, den 30.9.1990



Eine Stellungnahme zur Ausländerfeindlichkeit der Landessynode der Ev.-Luth. Kirche Sachsens

Die Landessynode und die Kirchenleitung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens erklären zum Problem zunehmender Ausländerfeindlichkeit:

Nach Jahrzehnten, in denen wir ohne wirkliche Begegnungen mit Ausländern und mit Formeln verordneter Völkerfreundschaft gelebt haben, erleben wir erschrocken und beschämt, wie sich soziale Spannungen in unserem Land in zunehmender Ausländerfeindlichkeit äußern. Wir werden aufgrund des sozialen Gefälles zwischen den Ländern des Westens und des Ostens schon in naher Zukunft weit mehr als bisher mit Ausländern zusammenleben.

Als Christen erinnern wir uns daran, daß uns als Menschen einer Erde und als Kinder eines Vaters in ausländischen Mitbürgern Christus begegnet und fragt, was wir tun. Wie wir mit Ausländern zusammenleben, geht unabhängig von Glaubensüberzeugungen die ganze Gesellschaft an. Unsere neuen Lebensmöglichkeiten nach der Vereinigung Deutschlands dürfen nicht dazu führen, daß wir uns nur noch mit uns selbst beschäftigen. Das Bewußtsein für Solidarität mit der Zweidrittelwelt darf nicht einschlafen. Gerechtere wirtschaftliche und politische Verhältnisse in allen Teilen der Welt bleiben eine Aufgabe angesichts der Herausforderungen der Zukunft.

Die bevorstehende 31. Aktion "Brot für die Welt" wird unseren Gemeinden mit Nachdruck in das Bewußtsein gerufen. Aber Geld zu spenden, ist in der Regel müheloser, als sich persönlich zu engagieren. Für Menschen, die bei uns bleiben müssen oder wollen, ist eine neue Aufgeschlossenheit dringend notwendig. Die Trennung der Ausländer von ihrer Heimat ist für sie eine Belastung, die erträglicher wird, wenn wir versuchen, sie mitzutragen. Das Zusammenleben mit ausländischen Mitbürgern ist ein neues Aufgabenfeld unserer Gemeindearbeit. Dabei sollte die Zusammenarbeit mit anderen gesucht werden.

Wo wir auf tätliche Auswüchse von Ausländerfeindlichkeit treffen, haben wir die Pflicht, uns an die Seite der Angegriffenen zu stellen. Das wird u.U. persönliche Couragiertheit ebenso benötigen wie den Willen, Böses mit Gutem zu überwinden.

Unsere Landeskirche wird Mittel und Wege finden müssen, in Zusammenarbeit mit der Diakonie Bezugspersonen freizustellen oder neu einzustellen, die sich ausländischer Mitbürger sachkundig annehmen. Wir bitten aber auch unsere Gemeinden und jeden einzelnen und jede einzelne zu überlegen, wo z.B. die bevorstehende Advents- und Weihnachtszeit Gelegenheit bietet, ausländische Mitbürger menschliche Nähe erleben zu lassen. Wir werden dabei erfahren, daß wir nicht nur die Gebenden sind. Das Zusammenleben mit Menschen, die in anderen Kulturen beheimatet sind, ist nicht nur anstrengend, sondern auch spannend und bereichernd.

Wer begrüßt, daß äußere Grenzen gefallen sind, sollte innere Grenzen abbauen. Wer die Freude erlebt hat, im Ausland angenommen zu sein, soll zu Hause Ausländer annehmen!

Dresden am 14.11.1990

Ev.-Luth. Landessynode, Der Präsident.

||||| Wege zur Stabilität

Die sieben Schritte zur souveränen Haltung zu sich selbst und Fremden haben wir einer Handreichung einer Initiative zur Dritten Welt entnommen, deren Namen wir verlegt haben.

Erster Schritt: Neugier auf uns selbst

Wir fangen bei uns selbst an. Wer bin ich eigentlich? Wie lebe ich? Wie gehe ich mit anderen um? Was mache ich falsch? Warum reagiere ich aggressiv auf dieses oder jenes? Warum genau kann ich diesen oder jenen nicht leiden?

Wir beginnen einfach damit, auf uns selbst neugierig zu sein. Dazu haben wir keine Zeit? Dann müssen wir sie uns eben nehmen!

"Wir müssen in unserem eigenen Leben die Ursachen für Ablehnung und Zuneigung, Haß und Liebe klären und uns der Ambivalenz unserer Gefühle bewußt sein."

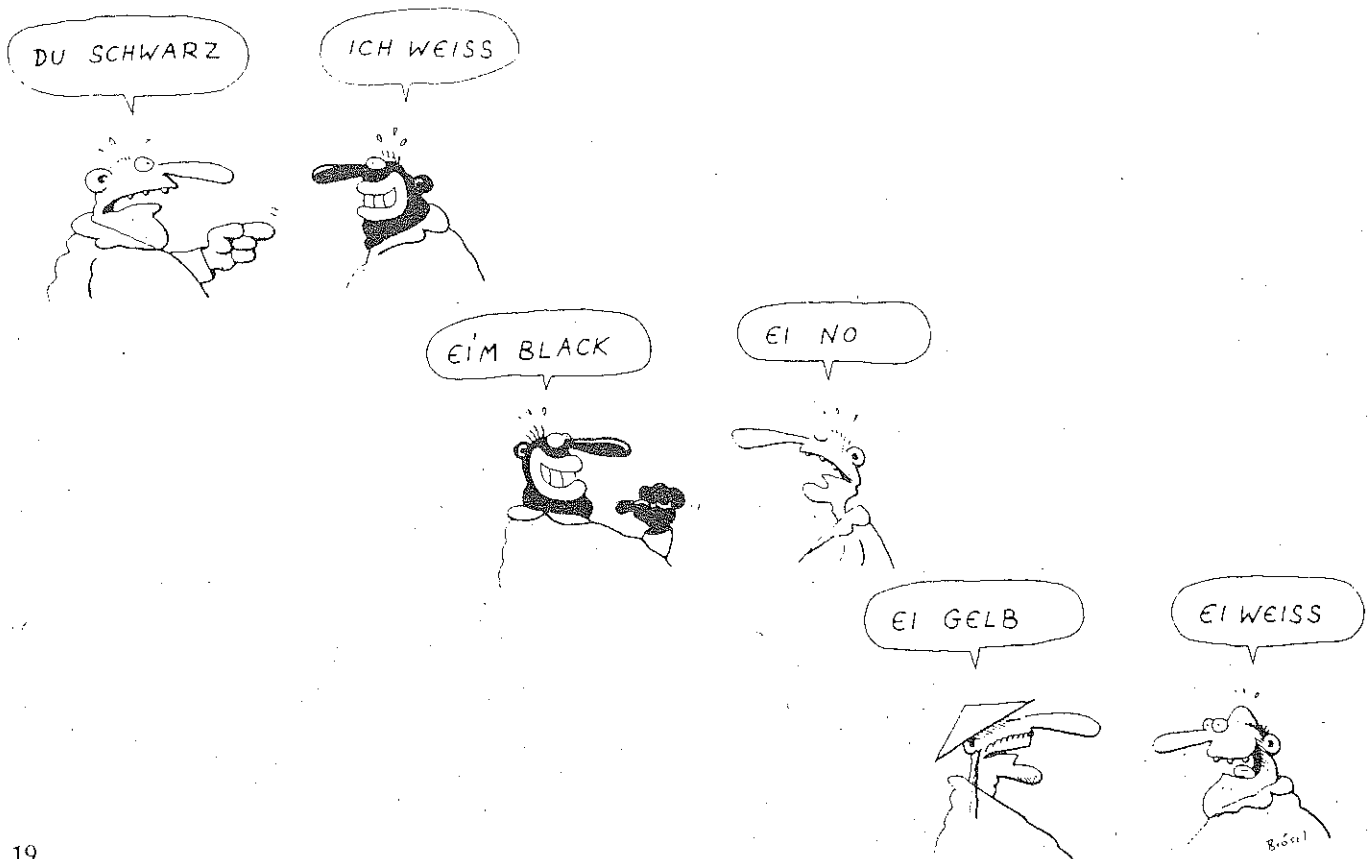
Zweiter Schritt: Entdeckungsreise ins eigene Ich

Wir entdecken Schwächen und Fehler an uns und lernen sie nicht zu verstecken. Wir nehmen sie gelassen, aber selbstkritisch hin und mögen uns trotzdem. Selbstbewußtsein wächst dann, wenn wir uns und andere dazu ermutigen, zu unseren Ängsten, Unsicherheiten und Schwächen zu stehen. Und das wiederum hilft uns, Fremdes und Andersartiges neugierig und offen kennenzulernen und zu tolerieren.

"Ein wichtiges Merkmal von Personen, die zäh an ihren Vorurteil kleben, scheint ihre 'Bedrohungsorientierung' zu sein. In der Tiefe der Persönlichkeit scheint eine zugrundeliegende Unsicherheit zu bestehen. Diese Einzelmenschen können der Welt nicht fest entschlossen und auf offene Weise entgegen-treten. Sie haben offenbar Angst vor sich selber, vor ihren eigenen Trieben, vor ihrem eigenen Gewissen, vor Veränderungen und vor ihrer sozialen Umgebung. Da sie weder mit sich selber noch mit anderen angenehm leben können, sind sie gezwungen, Einstellungen so einzurichten, daß sie zu ihren verkrüppel-ten Bedingungen passen. Sie brauchen eine Krücke, die verschiedene Funktionen erfüllt. Sie muß über vergangene Fehler trösten, für das gegenwärtige Verhalten sichere Anweisungen geben und Zutrauen gegenüber der Zukunft erwecken. Obgleich das Vorurteil allein dies alles nicht tut, entwickelt es sich in der allgemeinen Schutzhaltung zu einem wichtigen Einzelglied."

Dritter Schritt: Fremde tolerieren

Sobald wir beginnen, die großen und kleinen Schwächen an uns zu akzeptieren, können wir auch das Unangenehme an Anderen, an Fremden, tolerieren. Wir empfinden Fremdes allmählich nicht mehr als Bedrohung unseres eigenen Selbstwertgefühls, unseres psychischen Gleichgewichts.



Zeichnung: Brüel

Vierter Schritt: Kontakte mit Fremden

Wir machen bewußt neue Kontakte mit Menschen aus uns fremden gesellschaftlichen Kreisen, Berufen, Ländern und Kulturen. Wir sind offen für Gemeinsames und nehmen Trennendes hin. Wir pflegen die einmal geschaffenen Kontakte. Wir weiten sie aus und vertiefen sie. Vielleicht engagieren wir uns gemeinsam für eine uns wichtige Sache. 'Das Feindschema Mensch' tritt außer Kraft, wenn Bekanntheit und Vertrautheit es überlagern. Stärker also als theoretische Lektionen werden persönliche Erfahrungen sein, in denen sich Fremde gegenseitig von ihrer Ungefährlichkeit überzeugen...

Fünfter Schritt: Konflikte austragen

Wir lernen es, Konflikte auszutragen. Das Handwerkszeug dazu erwerben wir, indem wir unsere eigenen Interessen und Wünsche so klar wie möglich darlegen; indem wir uns für den Standpunkt des anderen interessieren und auf ihn hören. Es lohnt sich, bei diesem schwierigen Unterfangen, Geduld zu haben.

Sechster Schritt: Sich für Zusammenhänge interessieren

Wir hören auf zu sagen: "Politik interessiert mich nicht" oder: "Die Entwicklungsländer gehen mich nichts an" oder: "Von Wirtschaft verstehe ich sowieso nichts". Es gibt nicht in unserer und einer anderen Gesellschaft, was uns nicht interessiert und was uns nichts angeht. Je mehr wir über große Zusammenhänge z.B. in der Weltpolitik oder der Weltwirtschaft Bescheid wissen, desto eher erkennen wir, wo die Eigeninteressen liegen. Je mehr wir wissen, warum ein Politiker dies oder jenes vertritt, desto weniger kann er uns mit angeblich objektiven Scheinargumenten Sand in die Augen streuen.

Siebter Schritt: Mut zur Zivilcourage

Wir machen uns allein oder gemeinsam mit anderen sachkundig. Wir informieren uns aus möglichst verschiedenen Quellen. Wir fragen kritisch nach, auch wenn wir unsere Anfrage an Politiker, Journalisten, Referenten und Organisationen von "großem Ruf und Prestige" richten müssen. Wir gehen auch mal auf ein Seminar der "gegnerischen Partei", Konfession oder Weltanschauung, Wir vermeiden es, immer nur "im eigenen Saft" zu schmoren, d.h. uns ausschließlich mit Menschen zu treffen, die ohnehin unsere Freunde sind und die gleiche oder ähnliche Ansichten vertreten. Wir lernen es, den Mut aufzubringen, bei solchen Gelegenheiten unsere eigene, ganz andere Sicht der Dinge klar und ohne Polemik zu formulieren. Wir ermuntern uns gegenseitig, bei dieser oder jener Gelegenheit Zivilcourage zu üben.



Stellungnahme des Rates der EKD zur Aufnahme von Asylsuchenden

Steigende Zahlen von Asylbewerbern haben in der Öffentlichkeit Besorgnis und Unruhe ausgelöst. Kommunen sehen sich mit der Aufnahme weiterer Menschen überfordert, weil sie an die Grenzen ihrer Kapazität stoßen. In Teilen der Bevölkerung wachsen Ängste und Abwehrreaktionen. In der politischen Diskussion ist das Grundrecht auf Asyl wieder heftig umstritten. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erklärt dazu:

1) Auch in einer Zeit weitreichender politischer Veränderungen und täglich neuer Hochrechnungen über deren Kosten dürfen wir den einzelnen Menschen nicht aus dem Blick verlieren. Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind, die bei uns Aufnahme suchen, haben ihre eigene Geschichte. Durch jeden von ihnen sieht



uns Gott an, denn Gott hat alle Menschen nach seinem Bilde geschaffen. Jesus hat uns vor allem auf die Notleidenden und Schutzbedürftigen hingewiesen. Er nennt sie seine Schwestern und Brüder: was wir ihnen tun, das tun wir ihm.

2) Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl garantiert dem aus politischen Gründen verfolgten Menschen Aufnahme in unserem Land. Dieses Grundrecht darf nicht verändert oder geschmälert werden. Heute kommen Flüchtlinge aus vie-

len Krisenregionen der Erde. Die Entscheidung darüber, ob sie als politisch Verfolgte anerkannt oder zurückgeschickt werden oder aus gesetzlichen bzw. humanitären Gründen ein Bleiberecht erhalten, muß zügig getroffen und konsequent umgesetzt werden. Doch muß das Asylverfahren rechtsstaatlich einwandfrei bleiben und der besonderen Situation der Asylsuchenden Rechnung tragen. Hier sind Verbesserungen möglich. Die sozialen und politischen Probleme, die mit der Aufnahmen Asylsuchender verbunden sind, erfordern jedoch andere, weitergehende Anstrengungen. Sie lassen sich nicht allein durch Änderung der Gesetze lösen.

3) Die Entspannung zwischen Ost und West und die damit verbundene Öffnung der Grenzen in Europa ist ein Grund zur Freude. Sie hat uns Deutschen die staatliche Einheit gebracht. Sie hat aber auch dazu geführt, daß in großer Zahl Menschen, die in ihren Herkunftsländern unter dem Druck wirtschaftlicher Not und gesellschaftlicher Verdrängung leiden, sich auf den Weg machen, um neue Lebensmöglichkeiten zu suchen, viele davon in Deutschland. Hier können nicht alle aufgenommen werden. Der Rat bittet die Verantwortlichen in Regierung und Parteien, politische und rechtliche Wege zu suchen, die das Asylverfahren entlasten und andere Möglichkeiten für eine kontrollierte und flexible Wanderungspolitik in Deutschland sowie im weiteren Rahmen europäischer Vereinbarungen öffnen.

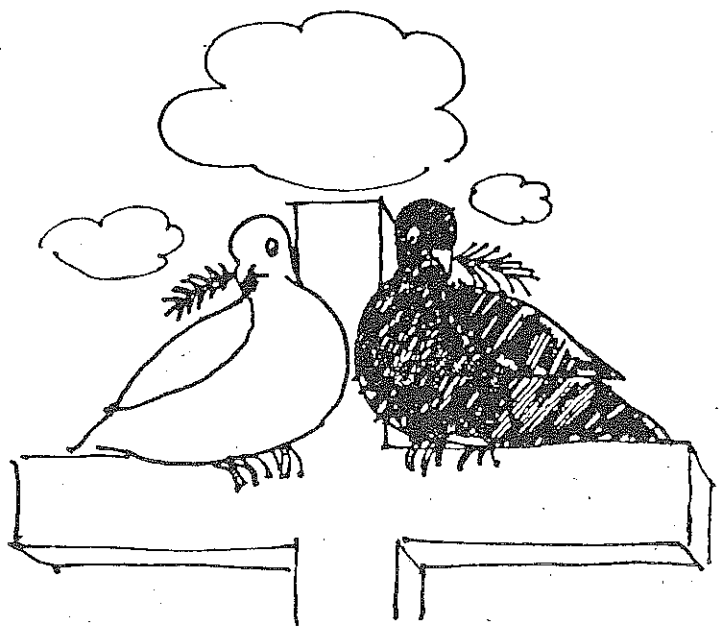
4) Der Rat begrüßt die Bestrebungen der Bundesregierung, verstärkt die Ursachen, die Menschen zur Flucht treiben, in den Herkunftsländern selbst zu bekämpfen. Eine Politik, die sich um Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Menschenrechte bemüht, kann am ehesten zu einer Entspannung der Flüchtlingsproblematik beitragen.

5) Nahezu eine Million Menschen sind im letzten Jahr als Übersiedler oder als Aussiedler und Flüchtlinge in den westlichen Teil Deutschlands gekommen. Auch in diesem Jahr wird es wieder eine große Zahl sein. Sie aufzunehmen, bedeutet eine große Anstrengung. Die Verantwortlichen in den Kommunen stehen vor fast unlösbaren Aufgaben. Die Probleme auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sind erheblich und führen zu Spannungen in

der Bevölkerung, die sich leicht in Aggressionen gegen alle "Fremden" entladen. Ausländischen Menschen, auch den Flüchtlingen, darf jedoch nicht eine Situation angelastet werden, für die sie nicht verantwortlich sind. Der Rat dankt allen, die sich in Kommunen und Behörden, Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden und freien Initiativen bemühen, Abhilfe zu schaffen, Not zu lindern und den sozialen Frieden zu wahren.

6) Viele Menschen in unserem Land, besonders im Gebiet der ehemaligen DDR, sind heute verunsichert und verängstigt. In einer solchen Lage ist es um so wichtiger, daß alle, die in der Öffentlichkeit reden, dies behutsam tun. Dramatisierungen und tendenziöse Darstellungen schüren Ängste und Aggressionen. Wir sollten eine sachbezogene Diskussion der anstehenden Fragen dagegensetzen. Dies wird den betroffenen Menschen und dem öffentlichen Klima am besten dienen.

Hannover, 20.10.1990



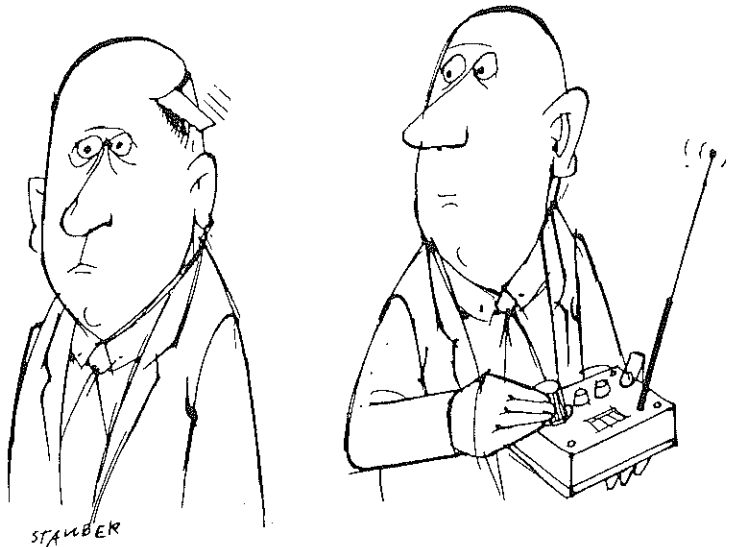
Wie könnte der Satz lauten, den der Karikaturist Wever einer der Tauben in den "Schnabel" lezt?

Original-Satz: "Ich habe einen Traum"

Der europäische Binnenmarkt steht vor der Tür. Die Grenzen zwischen den beteiligten Ländern sollen fallen. Im Zuge dieser ökonomischen Entwicklung machen sich die westeuropäischen Staaten an sogenannten Ausgleichsmaßnahmen zu schaffen, die das befürchtete Sicherheitsdefizit anlässlich des Grenzverlustes verhindern sollen. Insbesondere die internationale "organisierte Kriminalität" und der "internationale Terrorismus" werden der Öffentlichkeit als publikumswirksame Legitimationsformel zur Rechtfertigung dieser neuen Epoche der europäischen Vereinheitlichung im Sicherheitsbereich angeboten. Dabei ist das "(Sicherheits-)Modell (West-) Deutschland" auf dem besten Wege, ganz Europa zu erobern: in der Grauzone des internationalen Rechts, abseits demokratischer Entscheidungen wird im Westeuropa des Kapitals und der Konzerne schon jahrelang, unter Federführung der Bundesrepublik, an supranationalen Überwachungs- und Repressionsinstrumenten gearbeitet. Ein grenzenloser Datenaustausch im Direktverfahren ist geplant. Die Europäisierung des doch recht einmaligen bundesdeutschen "Antiterror-systems" ist bereits in diversen multilateralen Abkommen und Arbeitsgruppen (z.B. "TREVI") weitgehend projektiert. Das sog. Schengener Abkommen der Benelux-Staaten, Frankreich und der BRD von 1985 (+ spätere Zusatzabkommen) gibt dabei den sicherheitspolitischen Trend vor:

1. Es geht in Richtung eines europaweiten zentralisierten präventiven Sicherheitssystems - analog zur Sicherheitsentwicklung in der Bundesrepublik der letzten zwei Jahrzehnte. Vorgesehen sind: intensive polizeiliche und geheimdienstliche Kooperation, verstärkte Überwachung, Kontrolle, Datenerfassung, -speicherung und Datenaustausch im europäischen Rahmen.

2. Eine europaweite Anwendung geheimpolizeilicher Mittel und Methoden der aktiven Informationsbeschaffung führt auf den Weg zu einer unkontrollierbaren europäischen Geheimpolizei, parallel zur bereits weit gediehenen Herausbildung einer neuen Geheim-polizei in der Bundesrepublik Deutschland.



3. Demgegenüber mangelt es fast durchgängig an einem effektiven europäischen Individualrechtsschutz und an einer effizienten öffentlichen Kontrolle der Entscheidungs- und Ausführungsinstanzen, die - angesichts dieser Entwicklung - kaum je zu realisieren sein werden. Gegenüber dem anvisierten europäischen Datenverbund wird der Begriff Europäischer Datenschutz ein Fremdwort bleiben.

4. Es ist geplant, daß mit Wegfall der nationalen Grenzen innerhalb Westeuropas zum einen die Kontrollen an den Außengrenzen der Gemeinschaft verstärkt werden (Abschottung gegen Asylbewerber, Flüchtlinge, sog. Drittausländer! Visumpflicht), zum anderen werden die Grenzen ins jeweilige Landesinnere verlagert werden - mobil und in Bedarfsfällen auch tausendfach (z.B. mit Hilfe von Kontrollstellen). Die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für die rationalisierten Massenkontrollen sind längst geschaffen.

Angesichts dieser europäischen Sicherheitsentwicklung stellt sich die Frage nach einer wirksamen, ebenfalls gesamt-europäischen Opposition sowie nach der Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Menschenrechts- und Datenschutzordnung vollkommen neu.



Zwischen die Fronten treten!

Wort der Kirchengemeinde Heilig-Kreuz zum Golfkrieg

Wir wollen diesen Krieg nicht, und wir wollen ihn auch jetzt nicht. Dies ist nicht unser Krieg und doch führen wir ihn mit. Er hat nicht am 16. Januar 1991 und auch nicht am 2. August 1990 begonnen. Er ist im Gange, seit die Völkergemeinschaft sich nach dem 1. Weltkrieg als unfähig erwiesen hat, eine demokratische, das Selbstbestimmungsrecht der Völker achtende staatliche Neuordnung im Nahen Osten zu befördern. Die jetzige Situation ist im wesentlichen das Ergebnis der verfehlten Besatzungspolitik Großbritanniens und Frankreichs bis nach 1945 und danach der Großmachtspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion. Die in der Region entstandenen Staaten sind, mit Ausnahme Israels, durchweg ohne demokratische Verfassungsgrundlage, mehrheitlich von feudalistischen oder despotischen Machthabern regiert. Im Zuge der willkürlichen Neuordnung der Region nach 1945 ist den Armeniern, den Kurden und den Palästinensern das Recht auf Eigenstaatlichkeit vorenthalten worden. Israels Lebensrecht ist bis heute nicht gesichert.

Wir selbst können uns von Mitschuld an dieser Entwicklung nicht freisprechen. Die Instabilität im Nahen Osten ist nicht allein durch widerstreitenden Nationalismus und religiösen Fanatismus verursacht, sondern vor allem durch machtpolitische Einflußnahme des Westens auf die dortigen Ölvorkommen. Wir haben davon profitiert. Das ist ein Teil unserer Mitschuld.

Den jetzigen Krieg haben wir mitverantworten, weil wir es zugelassen haben, daß die deutsche Industrie Waffen und technologische Bausteine zur Herstellung von ABC-Waffen an den Irak liefern konnte. Diese Mitschuld wiegt besonders schwer, weil damit die Existenz Israels durch das Handeln derer bedroht ist, die bereits die Verantwortung für den Völkermord an den Juden in der Zeit des deutschen Faschismus tragen. Uns trifft auch der berechtigte Vorwurf, daß wir uns nicht deutlich genug für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ausgesprochen haben.

Wir sprechen zusammen mit vielen Christen in der Ökumene unsere Überzeugung aus, daß es im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen mit der durch sie vermehrten Bedrohung der Erde keine gerechten Kriege mehr gibt und daß kein Krieg mit dem Willen Gottes gerechtfertigt und geheiligt werden kann.

Krieg ist immer eine Absage an das Leben!

Unser eigenes Versagen, den Frieden zu bewahren und eine gerechte Welt ohne Gewalt zu befördern, macht uns seit Tagen hilflos und sprachlos. Wir spüren, daß wir auf das Geschehen keinen Einfluß nehmen und nur unserer eigenen Ohnmacht Ausdruck verleihen können. Wir sind manipulierten Nachrichten ausgeliefert, die uns die Grausamkeiten des Krieges vorenthalten.

Unser Eintreten für einen bedingungslosen Stop des Bombardements auf Irak steht im Verdacht, Israel schaden zu wollen. Trotzdem halten wir daran fest! Unser bedingungs-



loses Eintreten für die Unversehrtheit und das Lebensrecht Israels steht im Verdacht, die Notwendigkeit dieses Krieges zu rechtfertigen und Unrecht an arabischen Menschen, vor allem den Palästinensern, hinzunehmen. Trotzdem halten wir daran fest! Wir wollen uns der Logik der Gewalt und des Hasses, die es in allen Lagern gibt, nicht unterwerfen.

- Darum trauern wir zuallererst in diesen Tagen um die toten Kinder, Frauen und Männer, die bereits sinnlos geopfert und gemordet wurden.

- Wir beten weiterhin dafür, daß das Töten aufhört. Wir beten für die Familien in Irak und Kuwait und für die Familien unserer Freunde in Israel und Palästina.

- Wir denken an die Menschen, die fliehen, weil ihre Lebensgrundlagen zerstört sind.

- Wir treten zusammen mit vielen Menschen in aller Welt dafür ein, daß umgehend eine internationale Friedenskonferenz im Nahen Osten einberufen wird, in der alle Probleme der Region verhandelt werden.

Auch wenn wir nicht direkt von Kriegshandlungen betroffen sind, so hat der Krieg doch auch unser Leben im Stadtteil verändert. Die Fronten des Golfkrieges gibt es auch hier.

Unser Bemühen ist es, zwischen die Fronten zu treten. Wir leben in einem Stadtteil mit deutscher, türkischer und auch arabischer Bevölkerung; wir leben zusammen als Christen und Muslime. Unsere Gemeinde hat sich immer als ein Ort verstanden, der offen für alle Menschen guten Willens ist, ungeachtet ihrer Nationalität, ihrer Kultur und ihrer religiösen Überzeugung.

Hier finden palästinensische Flüchtlinge Unterstützung, hier treffen sich Menschen, die im jüdisch-christlichen Dialog stehen und Freunde Israels sind; hier treffen Türken und Kurden einander ohne Feindschaft. Dieses Zusammenleben, das wir in langen Jahren miteinander versucht haben, darf durch den Krieg nicht zerstört werden.

Unsere Friedenserklärung gegen den Krieg lautet:

Die Heilig-Kreuz-Gemeinde lädt weiterhin ein, hier zusammenzukommen, um gemeinsam zwischen die Fronten zu treten.

Berlin-Kreuzberg, 24. Januar 1991



Arbeitskreis Asyl in der Kirche konstituiert sich neu

Beratungsstellen und MitarbeiterInnen aus Kirchengemeinden berichten über eine sich in alarmierender Weise verschärfende Situation für Flüchtlinge. Das betrifft vor allem die Unterbringung von Flüchtlingen in der ehemaligen DDR, die neuen Flüchtlingsgruppen aus Ost-Europa (z.B. Roma aus Rumänien und Jugoslawien, Juden aus der Sowjetunion), die Konsequenzen aus dem neuen Ausländerrecht sowie die immer bedrohlicher werdende Ausländerfeindlichkeit. Deshalb hat der Arbeitskreis Asyl in der Kirche seine Arbeit wieder aufgenommen mit dem Ziel:

1. Flüchtlingspolitische Initiativen in die Kirche hineinzutragen
2. Gemeinden in ihrem Engagement zu beraten
3. Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und auf die Flüchtlingspolitik in Berlin Einfluß zu nehmen.

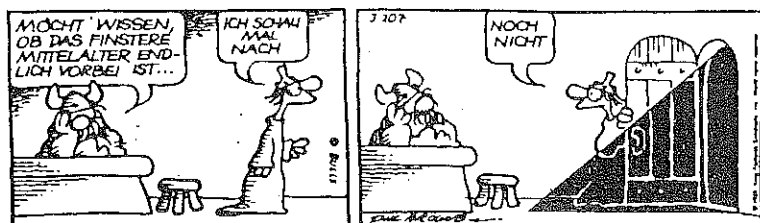
Der Arbeitskreis trifft sich monatlich, führt Veranstaltungen und Aktionen zur Flüchtlingsproblematik durch, informiert und berät Gruppen und Kirchengemeinden über Möglichkeiten, sich zu engagieren, insbesondere bei der Übernahme von Patenschaften und bei der Aufnahme von Flüchtlingen, die von Abschiebung bedroht sind. (Dazu wird eine kurze Broschüre herausgegeben) Beratung und Begleitung geschehen in Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Rechtsanwälten und Ärzten, die seit Jahren in diesem Bereich tätig sind und sich dazu bereit erklärt haben und den entsprechenden Stellen der Wohlfahrtsverbände, dem Ausländerbeauftragten der Ev. Kirche Berlin Brandenburgs.

Unter ökumenischer Beteiligung von VertreterInnen verschiedener in der Flüchtlingsarbeit engagierter Gruppen (pax Christi, DW, ÖMZ, SOS-Rassismus...) wurde am 16.1.91 ein entsprechendes Vorgehen beschlossen und ein Sprecherrat gewählt, der die Geschäfte des Arbeitskreises führt.

Kontaktadresse: Arbeitskreis Asyl in der Kirche
Nostitzstr. 6/7, 1000 Berlin 61.



HÄGAR



Über die Bezeichnung Emigranten

Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab:

Emigranten.

Das heißt doch Auswanderer. Aber wir

Wanderten doch nicht aus, nach freiem Entschluß

Wählend ein anderes Land. Wanderten wir doch auch nicht

Ein in ein Land, dort zu bleiben, womöglich für immer.

Sondern wir flohen. Vertriebene sind wir, Verbannte.

Und kein Heim, ein Exil soll das Land sein, das uns aufnahm

Unruhig sitzen wir so, möglichst nahe den Grenzen

Wartend des Tags der Rückkehr, jede kleinste Veränderung

Jenseits der Grenzen beobachtend, jeden Ankömmling

Eifrig befragend, nichts vergessend und nichts aufgebend

Und auch verzeihend nichts, was geschah, nicht verzeihend.

Ach, die Stille der Stunde täuscht uns nicht! Wir

hören die Schreie

Aus ihren Lagern bis hierher. Sind wir doch selber

Fast wie Gerüchte von Untaten, die da entkamen

Über die Grenzen. Jeder von uns

Der mit zerrissenen Schuhen durch die Menge geht

Zeugt von der Schande, die jetzt unser Land befleckt.

Aber keiner von uns

Wird hier bleiben. Das letzte Wort

Ist noch nicht gesprochen.

Bertolt Brecht

Überall bedroht ihn der lange Arm des Diktators

Irakischer Journalist auf der Flucht vor der Vergangenheit als Asylbewerber im Westerwald

Mainz - Mag sein, daß der Iraker Lafta Mahedi eine Spur zu selbstbewußt aufgetreten ist, in Welschneudorf. Das ist ganz schlecht für Iraker in Zeiten wie diesen, zumal dann, wenn sie Asylbewerber sind. Welschneudorf am Westerwald, zwischen Montabaur und Bad Ems, hat einen Großen Preis gewonnen im Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden". Es ist nett hier im Naturpark Nassau, grün, gute Luft und Landschaft, vor allem Landschaft.

Mahedi, Ende Vierzig, ist hier seit ein paar Wochen in einem Hotel einquartiert, zusammen mit 24 anderen Asylbewerbern. Er ist der einzige aus dem Irak. Und er ist todunglücklich. Sein Zimmer, das er mit einem Pakistani teilt, ist kärglich, aber nicht menschenunwürdig. Mahedi ist stolz, daß er Besuch bekommt, und glücklich, daß er mit der Mainzerin Gisela Rashid Arabisch sprechen kann. Sie hat lange im Orient gelebt und engagiert sich im Verein "Humanitäre Hilfe".

Mahedi dachte, es würde - wie im Orient - sein Ansehen heben, wenn er Besuch bekäme. Schlecht für ihn, denn die Hotelbesitzerin sieht das ganz anders. Zwei Welten stoßen aufeinander, da stieben die Funken. Das sei ja noch schöner, tobt die Herrin des Hauses, wenn so einer glaube, er könne hier machen, was er wolle. Mit den netten jungen Leuten - sie meint die einquartierten Asylbewerber aus Schwarzafrika - , mit denen gebe es nie Probleme. Nur mit "dem da". Nicht mal mit seinem Bett sei er zufrieden. Mahedi schüttelt verständnislos den Kopf.

Es kommt schon mal vor, daß Hotel-Inhaber mit Metall in der Stimme reagieren und mit dem Charme einer rostigen Axt, wenn Journalisten nach einquartierten Asylbewerbern fragen. Es ist verständlich, daß Hoteliers toben, wenn - wie etwa in Mainz geschehen - Ausländer aus Verzweiflung Matratzen anzünden. Aber tun deutsche Gäste nicht manchmal ähnlich schlimme Dinge? "Unsere Deutschen werden am Golf als Geiseln gehalten", murrte die Chefin des Hotels in

Welschneudorf. Immerhin räumt sie ein, daß Mahedi dafür nichts kann. "Wir alle müssen für die Asylbewerber zahlen", schimpft sie, will aber nicht verraten, wieviel sie selbst verdient an der Einquartierung. Städte und Kreise in Rheinland-Pfalz müssen bis zu 190 Mark berappen pro Doppelzimmer für Asylbewerber, pro Nacht, ohne Frühstück. Mahedi sitzt an seinem Holztisch und hebt beschwörend die Hände: nichts könne er hier anfangen, nichts außer ein bißchen einkaufen. 350 Mark bekommt er im Monat, für Lebensmittel, Kleidung, seinen Lebensunterhalt. Arbeiten will er, schreiben. Aber in Welschneudorf sei nichts, absolut nichts, was ihn geistig am Leben erhalte. Im Irak war er Lehrer und Journalist, hat Gedichte geschrieben. 1977 wurde Mahedi zum ersten Mal verhaftet und gefoltert, weil er nicht für das Regime Saddam Hussein arbeiten wollte. Er floh nach Syrien, später nach Algerien, schließlich in den Jemen. Überall, sagte er, habe ihn der lange Arm des Diktators bedroht. Schließlich wollte auch der Jemen den Iraker Mahedi loswerden. Der nutzte vor zwei Monaten eine Einladung nach



Berlin, um einen Asylantrag zu stellen. Eine Odyssee.

Er wollte so gerne in eine Stadt, sagt Mahedi und hebt die Arme beschwörend und unglücklich. Aber die Behörden können - oder wollen? - bei der Verteilung von Asylbewerbern keine Extrawünsche berücksichtigen. Ein Teufelskreis. In einer gelben Plastiktüte bewahrt Mahedi eine Abhandlung über irakische Geschichte auf. An der Universität Prag wird er sie als Doktorarbeit einreichen. Er zeigt Zeugnisse über ein Fernstudium, das er dort seit 1986 absolviert. Er habe Angst, sagt Mahdi, daß ihm Hussein auch in Deutschland "jemanden schickt". Mahedis Frau ist noch im Jemen.

Gisela Rashid kennt viele solcher Schicksale, und sie warnt: "Leute wie Mahedi gehen in der Abgeschiedenheit zugrunde." Sie weiß, daß es Scheinasyllanten gibt, und plädiert dafür Mißbrauch einzudämmen. Aber sie fordert: "Unsere staatlichen Stellen müssen sich

besser informieren, ehe sie über schlimme Schicksale urteilen." Viele der Flüchtlinge hätten nicht nur für sich, sondern auch für die Menschenwürde anderer gekämpft. Deshalb müsse ihnen mit allen Mitteln geholfen werden. Im Libanon-Krieg hat sie selbst gespürt, was Hilfe bedeutet, wenn man vor dem Tod flieht.

Ausländerhaß stärker bekämpfen, Flüchtlingen in Not intensiver helfen, das steht dem Westen, das steht auch Deutschland gut zu Gesicht. Denn die Rolle der reichen Länder im Weltgefüge ist oft gar nicht strahlend. "Der Westen", sagt der Asylbewerber Mahedi, "hat sich jahrelang nicht für den Terror im Irak interessiert. Erst jetzt". Aber jetzt steht ja auch das Öl auf dem Spiel.

(aus: Allgemeine Zeitung, Rhein-Main-Presse von Reinhard Breidenbach)

**JUDENWITZ
TÜRKENWITZ
AUSCHWITZ**

MS

Angesichts des Golfkrieges erscheint mir wie ein Lichtblick, was ich vor Augen habe. Es ist eine ungewöhnliche Demonstration vier Wochen vor Ausbruch des Konfliktes. Eine Hochzeitsgesellschaft von Christen und Muslimen zieht einträchtig zur Kirche.

Der junge Ehemann, begleitet von zahlreichen Freunden, kann sich nicht vorstellen, eine ungläubige Frau zu heiraten. Er ist Muslim, ein Araber aus dem Libanon. Seine Frau, die er unmittelbar nach Aufhebung der diskriminierenden DDR-Heiratsbestimmungen standesamtlich heiraten konnte, ist im christlichen Glauben aufgewachsen. Beide wollen getreu ihrem Glauben die Ehe in der Verantwortung vor Gott führen. Der junge Mann ist mein Schwiegersohn. Meine Tochter liebt ihn, wie er sie. Wir lieben unsere Kinder. Grenzüberschreitend hat die fremde islamische Welt friedlichen Einzug in unsere Familie gehalten. Gemeinsam mit arabischen und iranischen Hochzeitsgästen sind wir auf dem Weg zum Gottesdienst. Wir wollen bedenken, was verschiedener Glauben für die Ehe bringen kann: christlicher und islamischer Glaube. Nein, das wird keine übliche Trauung. Um der Liebe willen ist im Glaubenszeugnis Rücksicht geboten auf das Bekenntnis der Andersgläubigen.




Grundlage dazu bietet mit Überlegung und Anregung eine "Handreichung für die Gestaltung eines Gottesdienstes anlässlich der Eheschließung eines evangelischen Christen mit einem Nichtchristen". Grundlegender noch ist das gegenseitige Kennen und Zutrauen. Als Predigttext bietet sich die Tageslosung an. Dies Bibelwort könnte auch im Koran stehen: "Euer Glaube stehe nicht auf Menschenweisheit, sondern auf Gottes Kraft" (1Kor2,5). Wir glauben, Gottes Liebe gilt allen Menschen. Sie schließt niemanden aus. Seine Liebe schließt uns alle ein. Mit dem Eingangpsalm lassen wir uns sagen, daß Muslime auf sehr ähnliche Weise Gott anbeten und preisen.

Ein Palästinenser spricht das Eröffnungsgebet aus der 1. Sure des Koran. Die Übersetzung macht unüberhörbar: Der Glaube der Juden, Christen, Muslime hat gemeinsame Wurzeln. Mit dem Bekenntnis zu Gott, dem gnädigen und barmherzigen Herrn, dem Schöpfer und Erhalter der Welt, können wir einstimmen in die Bitte: "Zeige uns den richtigen Weg, den Weg jener, denen du deine Gnade gegeben hast, die nicht dem Zorn verfallen und die nicht abirren von deinem Weg."

In unserem Sprachgebrauch ist der junge Ehemann ein "Ausländer". Diese deutsche Bezeichnung ist aufschlußreich: der Fremde vom Aus-Land ist ein Mensch vom Elend. Beide Worte haben die gleiche Wurzel. Unsere Sprache macht uns aufmerksam auf unser Problem mit Ausländern. Nach arabischem Verständnis ist die junge Frau eine Fremde, arabisch eine "Westliche". Das Wort hat den negativen Beigeschmack des Merkwürdigen, Eigentümlichen. Die kulturellen und religiösen Verschiedenheiten finden in der Sprache ihren Ausdruck - doch das sich-einlassen-aufeinander verändert Fremdheit.

Anteilnehmend schauen wir auf das Paar. Zwei Denk- und Glaubenswelten begegnen sich. Die Verschiedenheiten werden - wie in der Ehe - nicht aufgehoben. Sie

wachsen ergänzend zusammen wie Partner, die ihr Leben miteinander teilen. Angesichts des Golfkrieges, der Elend schafft, Fremdheit zu Feindschaft verfälscht, erscheint mir diese Hochzeitsfeier wie ein Vorgriff auf Wege zum Frieden. Die jungen Eheleute sind bereits mutig unterwegs. Wenn wir uns auf der Suche nach Frieden von Gottes Kraft leiten lassen, dann wird uns auch Menschenweisheit nicht hilflos am Fernseher festhalten können. Sich kundig zu machen, wäre vielleicht ein erster Schritt. Warum wissen wir so wenig vom Islam?

Wolfgang Wilhelm (ÖMZ/BMG) 




CABANA WEIMAR

Seit 2 Monaten gibt es nun auch in Weimar eine Cabana. Nach ersten Besucherrekorden von 70 und mehr Gästen scheint sich jetzt die Nachfrage zu normalisieren. Jeden Dienstag ab 16 Uhr ist die Cabana geöffnet. Meist übernimmt eine Nationalität die Verantwortung. Fast jedesmal wird ein Nationalgericht gekocht. Wir aßen schon vietnamesisch, arabisch, mocambiquanisch, moldavisch, schwäbisch, syrisch und deutsch. Leider sind die Verantwortlichen dabei so sehr in der Küche beschäftigt, daß die Vorstellung des Landes und seiner Sitten und Probleme viel zu kurz behandelt wird oder gar ausfällt. Einen Höhepunkt stellte die Feier des Heiligen Abends dar. Etwa 70 Gäste waren unserer Einladung gefolgt. Der erste Gast an diesem Abend war ein Doktor der Architektur aus der Mongolei, der vor Jahren in Weimar studiert hatte und nun zu Besuch in Deutschland war. Man hatte ihm gesagt: Geh in die Stein-Allee, da findest du vielleicht alte Bekannte, und er fand sie. Es kamen ca. 20 russische Soldaten, Afrikaner und Asiaten und viele Deutsche aller Altersstufen. Auch alleinlebende ältere Menschen feierten mit uns. Überschattet war das Fest von dem Tod eines jungen Syrer am 23.12.90 durch einen Unfall bei Glatteis. Seine junge deutsche Witwe und sein Bruder waren an diesem Abend bei uns.

Nach dem Essen sang ein kleiner Familienchor viele europäische Weihnachtslieder und dann erwachte die Sangesfreude auch bei den anderen. Dabei taten sich die russischen Soldaten besonders hervor. Kleine Geschenke wurden ausgetauscht - eine gelungene Feier!

Nun sitzen wir oft bedrückt mit unseren arabischen Freunden zusammen und wünschen, hoffen und beten, jeder auf seine Weise, gegen den Krieg am Golf an.

E. Rittweger 





„...was wir heute nicht für
Lehrer ausgeben,
brauchen wir morgen
für Polizisten...“

 **Kommt raus!!!!!!**

Das "Dritte Welt"-Zentrum e.V. Berlin meldet:

In der Nacht vom 8. zum 9. November 199 gegen 1.30 Uhr wurden zwei amerikanische Studenten vor dem "Dritte Welt"-Zentrum in Ostberlin von zwei Skinheads überfallen. Dabei wurde einer der beiden Studenten schwer verletzt. Das Zentrum war zu dieser Zeit schon geschlossen, als die beiden Amerikaner David und Toni davor standen und sich über die Pogromnacht im Nazi-Deutschland unterhielten. Die Skinheads (beide ca. 20 Jahre alt) waren bewaffnet mit Schlagstöcken. Sie erklärten den Studenten, daß im Prenzlauer Berg andere Zeiten angebrochen sind und daß sie selbst Nazis wären. Darauf fingen sie an, auf Toni und David einzuschlagen. Blutüberströmt gelang es David zu fliehen. Er hielt einen PKW an, in dem 4 junge Männer saßen und bat diese um Hilfe., bevor sein Freund zu Tode geprügelt wird. Aber der PKW fuhr weiter...

David mußte dann ins Krankenhaus eingeliefert werden und wurde an der Stirn genäht. Im Krankenhaus war dann auch die Polizei präsent.

Die beiden Amerikaner haben also am eigenen Leibe spüren müssen, was es bedeutet, in Deutschland ein Ausländer zu sein bzw. anders als ein "echter Deutscher" auszusehen!

Nachdem zweimal eine große Schaufensterscheibe von rechtsradikalen Jugendlichen eingeworfen wurde, war dies der nunmehr 3. ernstzunehmende Zwischenfall vor bzw. im "Dritte Welt"-Zentrum! Um unseren Freunden und Gästen Sicherheit zu bieten, ließen wir Jalousien anbringen. Für uns ist es nur eine Frage der Zeit, wann "echte Deutsche" uns das nächste Mal besuchen werden. Daß die Polizei Herr der Lage wird, scheint fast ausgeschlossen. Angeblich werden von dieser keinerlei Unterschiede zwischen Links- und Rechtsradikalen gemacht, aber wie sollen wir uns weiter in unserer Gewaltlosigkeit gegen eine Ideologie behaupten, die auf Zerstörung und Vernichtung alles andersartigen beruht?

Wir fordern die Polizei auf, ihrer Aufgabe zum Schutze der Bürger intensiver wahrzunehmen und solchen Gewalttätern, die vor Menschenleben keinen Halt machen, wirkungsvoll entgegenzutreten!!!

(Die Fakten haben wir aus einem Gespräch mit einem der betroffenen Amerikaner)

Stefan Schrom



SOS-Rassismus Berlin (Ost und West)

Das Netzwerk SOS-Rassismus Berlin ist eine gemeinsame Initiative von in- und ausländischen Bürgerinnen und Bürgern zur effektiveren Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen, die sich für die Gleichberechtigung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen engagieren.

Die gegenwärtige Phase des Umbruchs eröffnet für uns die Möglichkeit, unsere Gesellschaft mit ihrer ethnischen und kulturellen Vielfalt zu erleben und mitzugestalten. Mitzugestalten auch im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt 1992, auf ein möglicherweise neu zu definierendes Europa und dessen globaler Verantwortung, gewachsen aus der Geschichte seiner Industrialisierung und der Kolonialisierung anderer Länder und Kontinente.

Dies bedeutet für uns, mit unserem Engagement hier die Voraussetzungen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen, unabhängig von ethnischer Herkunft oder kultureller Besonderheiten, zu schaffen. Gleichberechtigung drückt sich für uns vor allem aus in politischen Mitbestimmungsrechten und Bürgerrechten, die unmißverständlich die Zugehörigkeit von ImmigrantInnen und Flüchtlingen zu unserer Gesellschaft akzeptieren. Sie drückt sich für uns auch aus in einem Verbot von Diskriminierung aufgrund von sozialen, kulturellen, ethnischen oder geschlechtsspezifischen Merkmalen.

Wir wollen in unserer Gesellschaft ein Klima der Toleranz, der Offenheit, des Verständnisses und des Vertrauens. Für diese menschlichen Grundwerte und elementaren Bürgerrechte einzutreten, sie offen zu verteidigen, erfordert aber einigen Mut und Zivilcourage - und wie es scheint, in einer Zeit grundlegender Umwälzungen, die auch immer mit individuellen Unsicherheiten und Ängsten verbunden ist, in besonderem Maße.

So wollen wir uns im Netzwerk SOS-Rassismus Berlin (Ost und West) zusammenschließen, um überparteilich und basisnah gemeinsam Strategien zur Durchsetzung demokratischer BürgerInnenrechte für alle zu entwickeln und umzusetzen.

Berliner Initiative SOS-Rassismus

c/o. IAF
Oranienstr.34
W-1000 Berlin 36

Am 11.1.91 trafen sich kirchliche Ausländerbeauftragte mit Mitarbeitern der Wohlfahrtsverbände, um miteinander über die kirchliche Aufgabe in der Ausländerarbeit zu beraten. Alle waren sich einig, daß die bisherige ökumenische Zusammenarbeit erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden muß und daß die Kirchen hauptamtlichen Seelsorger und Mitarbeiter in diesen Dienst berufen soll.

Protestbrief an die Polizei

Von Teilnehmern des Friedensseminars Meißen...

Betrifft: Behandlung von Ausländern

Am 15. 10.1990 war in der Sendung "SPIEGEL-TV" des Deutschen Fernsehfunks im Zweiten Programm ein Bericht über die Räumung des Berliner Hauptbahnhofs durch eine gemeinsame Polizeiaktion von Polizisten aus beiden Teilen Berlins zu sehen. Teilnehmer des Friedensseminars haben bei unserem Seminar in Meißen mit dem Thema "Jeder ist Ausländer - fast überall" darüber berichtet. Die gemeinsame Betroffenheit über diese Vorgänge veranlaßt uns, uns mit diesem Schreiben an die für diesen Polizeieinsatz Verantwortlichen und an die Öffentlichkeit zu wenden. Scham, Sorge und Betroffenheit erfüllt uns, wie bei dieser Aktion die Würde von Ausländern und Asylanten aus verschiedenen osteuropäischen Ländern, die in Deutschland aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen Zuflucht suchen, in demütigender, entwürdigender und verabscheuungswürdiger Weise behandelt wurden.

Die Handgreiflichkeiten der Polizisten und die verbalen Beschimpfungen der Ausländer durch die Polizisten, die Mißachtung der Würde erwachsener Männer und Mütter mit Kindern lassen die Befürchtung aufkommen, daß die Polizisten in neuen und alten Uniformen psychologisch in keiner Weise geschult wurden und elementare Grundsätze



der Höflichkeit (z.B. Anrede mit "Sie") und der Rechtsstaatlichkeit, die die Achtung und Würde aller Menschen, unabhängig von ihrer Abstammung, Hautfarbe, Herkunft und politischen Überzeugung garantiert, auch unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen in grober Weise verletzt oder mißachtet werden. Die Fernsehbilder erinnern an die Räumung des Dresdner Hauptbahnhofs im Oktober letzten Jahres.

Wir protestieren dagegen, daß Ausländern und Asylanten, die sich ähnlich wie Obdachlose in öffentlichen Gebäuden aufhalten, deren Zutritt keinerlei Einschränkungen unterliegt, ihre Matratzen und Decken weggenommen werden und diese auf die Straße im wörtlichen Sinne gejagt werden, ohne daß ihnen Schlafplätze oder Behelfsunterkünfte bis zur Klärung ihrer Lage zugewiesen worden.

Wir fordern:

- daß die für diesen Polizeieinsatz Verantwortlichen diese Vorgänge auf dem Berliner Hauptbahnhof auswerten und eine öffentliche Entschuldigung abgeben
- daß Ausländer und Asylbewerber auf dem Gebiet der ehemaligen DDR menschenwürdig und höflich behandelt werden
- daß Anträge von Asylbewerbern sorgfältig geprüft werden
- daß Polizisten und Sicherheitskräfte obligatorisch in Sprachkursen geschult werden, um Aufforderungen und Anweisungen für Ausländer in verstehbarer und höflicher Weise geben zu können
- daß die Polizisten, die die Würde von Bürgern oder Ausländern durch ein distanzloses "Du" oder Schimpfworte verletzen, disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden.

Stellvertretend unterschrieben für 39 weitere Unterschriften von: Johannes Meusel, Roland Hartzsch, Rudolf Albrecht.



"Via regia" Begegnungszentrum gegründet

"via regia" - die "Hohe Straße" war der wichtigste Handelsweg des mittelalterlichen Europa. Sie verband den Westen des Heiligen Römischen Reiches mit dem slawischen Osten. Der Neißübergang bei Görlitz hatte große Bedeutung für die Entstehung der Stadt.

"via regia" ist auch der anspruchsvolle Name des neuen Begegnungszentrums e.V. in Görlitz. Der Verein will mit seiner Gründung die Neiße als deutsch-polnische Grenze untermauern, jedoch darauf hinwirken, diese Trennungslinie für Kulturaustausch, Kommunikation und Tourismus so durchlässig wie möglich zu machen. "via regia" will sich Aufgaben stellen, die aus dem Miteinander verschiedener Völker beiderseits der Neiße entstehen und eine zukünftige interkulturelle Gesellschaft fördern. Dazu gehört für das Begegnungszentrum auch die kritische Wahrnehmung und Aufarbeitung der deutsch-polnischen Geschichte. Auf diese Weise soll die Verständigung und das Miteinander, besonders zwischen Polen und Deutschen im Hinblick auf ein zusammenwachsendes Europa gefördert werden.

Zur Konzeption des Begegnungszentrums gehört die angestrebte Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Aktivitäten und Einrichtungen, die dem Gedanken der Verständigung verpflichtet sind. Durch polnische Filme, polnisches Theater und polnische Schriftsteller, die man nach Görlitz einladen möchte, will man einen lebendigen Kulturaustausch anregen.

Wichtigster konzeptioneller Aspekt dürfte der Einsatz für Begegnung und ganzheitliche Kommunikation sein. Begegnungsmöglichkeiten sollen vor allem durch regelmäßige offene Treffs für In- und Ausländer sowie die Einrichtung einer Kontaktbörse geschaffen werden. Bei einem Empfang, den der neugegründete Verein gab, waren auch die Bürgermeisterin von Görlitz, Renate Schwarze, und der stellvertretende Bürgermeister von Zgorzelec anwesend. Renate Schwarze wies in ihrer kurzen Ansprache darauf hin, daß es vor allem auch die Polen waren, die mit ihrer revolutionären Bewegung vor 10 Jahren Europa in Bewegung brachten. Außerdem müsse schnellstens dafür gesorgt werden, daß die Brücke über die Neiße nicht Einbahnstraße bleibt. Hier solle vor allem aus der eigenen Erfahrung des "Eingesperrtseins" gehandelt werden.

Der polnische Bürgermeister brachte seine Freude über Menschen zum Ausdruck, deren Gedanken nicht nur finanziell orientiert sind. Vor allem bei den polnischen Jugendlichen sei das Interesse an einer Zusammenarbeit groß.



Dietgar Thiemann

ACHTUNG MOCAMBIQUANER!

Seit einem Jahr hat sich die Lage der ausländischen Arbeitnehmer in der ehemaligen DDR völlig verändert. In der Folge von Massenentlassungen durch die Betriebe, angesichts von Unsicherheit und Rassismus sind die meisten Mocambiquaner schon nach Hause zurückgekehrt, und viele andere bereiten sich auf eine Rückkehr noch vor Jahresende vor.

Wer sich für die Rückkehr entscheidet, sollte unbedingt alle seine Rechte fordern: Zahlung von 3 mal 70% des Arbeitslohns, Abfindung von 3.000 DM. Unterstützung beim Transport der persönlichen Habe nach Mocambique.

Wer sein Recht wahrnehmen will, bis zum Ablauf seines ursprünglichen Arbeitsvertrages in Deutschland zu bleiben, muß seine Ansprüche und Möglichkeiten in bezug auf Wohnraum, Arbeit, Fortbildung und Arbeitslosenunterstützung kennen.

Wenn Sie mehr über Ihre Rechte wissen wollen, Auskünfte und Ratschläge brauchen, kommen Sie bitte zur

Beratungsstelle für Ausländer

Gehrensestr.6

0 - 1125 BERLIN

Mittwochs von 11-15 Uhr



Uwe Kraeusel

Erste Ausländerbeauftragte eines neuen Bundeslandes

Als erstes der neuen Bundesländer hat Brandenburg eine Ausländerbeauftragte berufen: Almuth Berger, erste und letzte Ausländerbeauftragte der Regierung der DDR, tritt am 1. April in Potsdam ihr neues Amt an.

Die Rahmenbedingungen, auf die das Kabinett sich geeinigt hat, sehen ein eigenständiges Referat innerhalb des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen vor, das direkt der Ministerin unterstellt ist. Die Ausländerbeauftragte soll die Landesregierung in Ausländerangelegenheiten beraten und an grundsätzlichen Entscheidungen in Fragen der Ausländerpolitik mit beteiligt sein.

Viele Aufgaben im Bereich der Sozialbetreuung und Integration sind anzugehen, Konzeptionen für die Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und für eine Bereitschaft zum Zusammenleben mit Menschen unterschiedlicher Herkunft sind dringend nötig.

Die neue Ausländerbeauftragte und ihre voraussichtlich vier MitarbeiterInnen sind dabei auf die Mithilfe vieler Menschen angewiesen. Sie hoffen auf gute Kontakte und eine enge Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden, Initiativgruppen und Vereinen, in denen sich MitbürgerInnen für ein gutes Miteinander von Menschen aus verschiedenen Kulturen und Traditionen in unserem Land engagieren.

CABANA

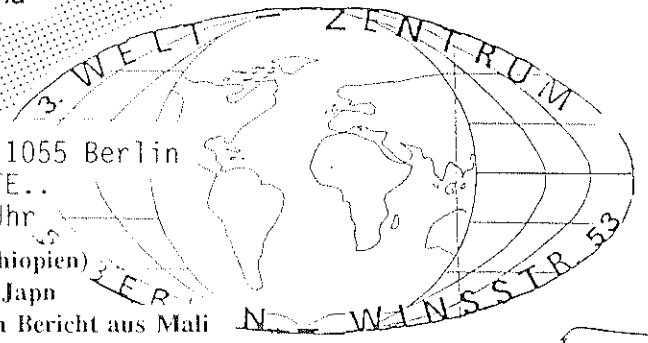
Höchste Str. (Nähe Alex)

BUS: 9 / 30 / 32 / 40 / 57

STR. BAHN: 11 / 18 / 20 / 24 / 28 / 63 / 71

- 2. April - Kolumbienabend: *Bernardo aus Kolumbien berichtet über seinen Besuch zu Hause*
- 9. April - INFO - Abend: *Neues Ausländergesetz*
- 16. April - LAS NINAS: *eine Flüchtlingsgemeinde in El Salvador*
- 23. April - CABANA ALLE IN AKTION: *Keiner weiß, was er kann, aber alle machen mit*
- 30. April - CABANA - Frühling: *Frühlingsfete mit Tanz und Länderspielen*

Dritte Welt-Zentrum e.V. Winsstr. 53, 1055 Berlin
 CAFE, VERANSTALTUNGEN, 3. WELT-PRODUKTE..
 Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do u. Fr.: 17-23 Uhr

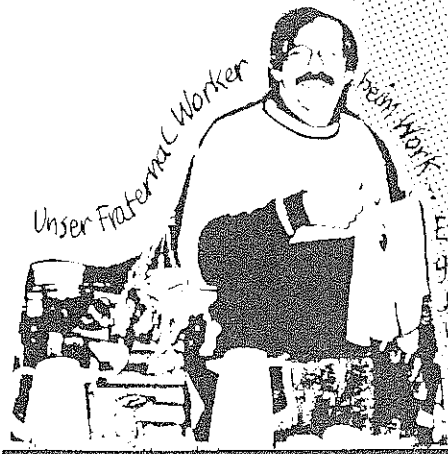
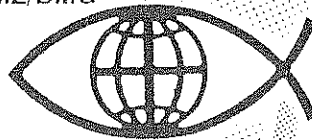


- 3. April*****Welthungerhilfe stellt sich vor (Am Bsp. Äthiopien)
- 9. April*****Die lustigen Abenteuer eines Europäers in Japn
- 17. APRIL*****Entwicklungspolitik in der Sackgasse, ein Bericht aus Mali

26.- 28. April
Jahrestagung der Ausländerarbeit zum Thema ASYL

gemeinsam veranstaltet von ÖMZ/BMG und Leipziger Mission

Anmeldungen: Dieter Braun
 Paul-Liszt-Str. 19
 7010 Leipzig



Liebe Leser!
 Berichten Sie uns, schicken Sie uns Beiträge über Ihre Erlebnisse, Veranstaltungen und Erfahrungen! Nah & Fern soll Klagemauer, aber auch gebündelte Hoffnung sein. Beispiele für gelöste Probleme gibt es ja auch...
 Die Redaktion



Überall wird von Menschenrechten geredet. Überall werden Menschenrechte verletzt.

Welche der abgebildeten Menschenrechte sind für Sie am wichtigsten?

 <input type="checkbox"/> Recht auf Religionsfreiheit	 <input type="checkbox"/> Recht auf Arbeit	 <input type="checkbox"/> Recht auf Gleichheit vor Gesetz	 <input type="checkbox"/> Recht auf Nicht-Rückstreichung
 <input type="checkbox"/> Recht auf Bildung	 <input type="checkbox"/> Recht auf Asyl	 <input type="checkbox"/> Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit	 <input type="checkbox"/> Recht auf allgemeine politische und soziale Wahlten
 <input type="checkbox"/> Recht auf Gesundheit und Versorgung	 <input type="checkbox"/> Recht auf freie Betätigung der Gewerkschaften	 <input type="checkbox"/> Recht auf Demonstrationsfreiheit	 <input type="checkbox"/> Recht auf Nahrung
 <input type="checkbox"/> Recht auf Gleichberechtigung der Geschlechter	 <input type="checkbox"/> Recht auf gesunde Umwelt	 <input type="checkbox"/> Recht auf Frieden	 <input type="checkbox"/> Recht auf Reichtum
 <input type="checkbox"/> Recht auf Vergeltung	 <input type="checkbox"/> Recht auf Liebe	 <input type="checkbox"/> Recht auf Anerkennung	 <input type="checkbox"/> Recht auf gerechte Bezahlung von Kunstleuten
 <input type="checkbox"/> Recht auf gleiche Behandlung trotz unterschiedlicher politischer Auffassung	 <input type="checkbox"/> Recht auf Freiheit	 <input type="checkbox"/> Recht auf Freizügigkeit	 <input type="checkbox"/> Recht auf Leben

Bitte kreuzen Sie 12 an.

Vor- und Zuname _____

Alter _____

